

1091  
An die Kreisgewerkschaft  
Kommission  
Fischern.  
Lastenstr. 87.



# Demokrat

deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
der tschechoslowakischen Republik.

**Bezugsbedingungen:**  
Bei Zustellung ins Haus  
oder bei Bezug durch die  
Post  
monatlich . . . KZ 18.—  
vierteljährlich . . . 48.—  
halbjährig . . . 98.—  
jährig . . . 192.—  
Abbestellung  
von Manuskripten erfolgt  
nur bei Einlieferung der  
Retourmarken.  
Erscheint mit Ausnahme  
des Montags täglich früh.

2. Jahrgang. Donnerstag, 28. Dezember 1922. Nr. 303.

## Das heutige Italien.

(Von unserem römischen Mitarbeiter.)  
Die italienischen Ereignisse der letzten Woche müssen dem Auslande in hohem Maße befremdend erscheinen und dürften vielfach damit erklärt werden, daß man für sie ein politisches Milieu voraussetzt, das sich grundföhrlich und tiefgehend von dem der Staaten Nord- und Mitteleuropas unterscheidet. Diese Auffassung ist aber irrig. Was sich in diesen Tagen in Italien zuträgt, ist genau so losgerissen von dem normalen Verlauf des politischen Lebens, wie es in einem andern Kulturlande wäre: es mutet hier genau so als etwas Ungeheuerliches an, wie es das in einem andern Lande tun würde. Nur fehlt die öffentliche Reaktion in einem Maße, wie vielleicht in einem andern Lande nicht fehlen würde. Daran ist auf der einen Seite die große Suggestionkraft schuld, die der Faschismus auf die Massen ausübt, andererseits und in recht ausgiebigem Maße, die Furcht vor Repressalien und schließlich die tatsächliche Mundtotmachung jeder nicht offiziellen öffentlichen Meinung.

Seit der Rückkehr Mussolinis aus London haben namentlich zwei Regierungskräfte die Aufmerksamkeit der Regierungskritiker gewonnen: die Forderung außerordentlicher Vollmachten gegen die Widerfächer der Regierung und die Gründung einer faschistischen „Miliz für die nationale Sicherheit“, die direkt vom Ministerpräsidenten abhängt.

Die Forderung der außerordentlichen Vollmachten wurde vom Ministerpräsidenten mit folgenden Worten begründet:

„Die ungeheure Masse, ja, beinahe die gesamte italienische Bevölkerung hat einer herrlichen Haltung und Disziplin und arbeitet unermüdet. Ich verhoffe mit aber nicht, daß verschwindende Minderheiten von politischen Quertreibern, die sich noch nicht mit der absoluten Unwiderrüflichkeit des im Oktober vollzogenen Ueberganges zu einem neuen Regime abgefunden haben, nach einer Fahne oder einem Wandschild suchen. Diese Gelüste sind ohne Bedeutung; sie sind schon heute abgeblüht und ihre Träger sind gekennzeichnet. Auf alle Fälle fordert ich den Ministerrat auf, mich von heute an zu ernächtigen, mit den von mir für gut gehaltenen Maßnahmen vorzugehen gegen jede Partei, Gruppe oder Sekte, die Unruhe oder Unordnung zu säen versucht, wo das Land ein absolutes Bedürfnis nach Ruhe und Disziplin hat.“

Die Zeitungen der Regierung haben sich beeilt, die allgemeinen Äußerungen des Ministerpräsidenten in eine konkretere Sprache zu übertragen. So schreibt das „Nuovo Paese“ vom 16. d. M.:

„Da sich nunmehr die faschistische Regierung mit der gesamten Nation identifiziert, so sind die Versuche der winzigen gegnerischen Aliequen nur als Farce anzufassen, oder es handelt sich um einen Farce, die aller Wahrscheinlichkeit nach zu einer Tragödie endigen wird, denn die Regierung kann nicht einmal einen Augenblick von der gewaltigen Arbeit abgelenkt werden, die im Auslande und im Inlande ihrer harri, um Anklänge zu vereiteln, Hindernisse zu beseitigen, berechnete feindliche Kräfte aufzuklären. Wollen die Herrschaften wirklich, daß wir es bereuen, eine Revolution ohne Blutvergießen vollzogen zu haben? Wir sind bereit, sie zuzufrieden zu stellen. Rußland hat uns einmiges gelehrt. Wir haben als römische Revolutionäre gehandelt. Wollen die Herzen dieser Behandlung nicht würdig sein? Gut, dann sind wir bereit, mit ihnen tartarisch umzugehen, nach dem Systeme von Lenin und Trozki.“

Soviel zur Illustration der besonderen Vollmachten gegen die Saboteure der Regierung. Was die Miliz für die nationale Sicherheit betrifft, so soll sie immer, nach den offiziellen Nachrichten, aus den Faschisten der „allerersten Linie“ rekrutiert werden. Sie soll, heißt es, 70.000 Mann stark sein, vollständig vom Ministerpräsidenten abhängen, aber die offiziellen Nachrichtenbüros fügen hinzu, sie werde nicht das Staatsbudget belasten, außer während der eventuellen Mobilmachung, während welcher ein bescheidener Sold aus Staatsgehältern bezahlt werden wird. Es handelt sich, wie wir noch ausdrücklich wiederholen wollen, um eine offizielle Information: aus den Mit-

## Die Faust des Siegers.

Am 2. Jänner wird Poincaré die Strafmaßnahmen gegen Deutschland bekannt geben. — Einigkeit unter den Alliierten.

Paris, 27. Dezember. (Havas.) Die französische Delegation der Reparationskommission hat gestern gemäß den Instruktionen Poincarés eine Entscheidung getroffen, die vorbehaltlos von den belgischen und italienischen Delegierten genehmigt wurde. Es wird den alliierten Regierungen obliegen, die natürliche Folge dieser Entscheidung im Sinne des Wortlautes des Versailler Friedensvertrages zu präzisieren, der wegen Nichterfüllung der Verbindlichkeiten dieser Art zu gemeinsamen oder besonderen Strafmaßnahmen berechtigt. Am 2. Jänner nächsten Jahres wird Poincaré seinen alliierten Kollegen die Maßnahmen bekanntgeben, welche Frankreich für notwendig erachtet. Die neue Situation bekräftigt die französische These, in der ausgesprochen wird, daß Deutschland kein neues Moratorium ohne produktive Pfänder gewährt werden kann. Die Absichten des englischen Premiers sind bisher nicht genau bekannt, doch besteht keinerlei Meinungsverschiedenheit zwischen Brüssel und Paris, was die Reparationsfragen betrifft. Die französische und italienische These sind in ihrer Auffassung einander nahe. Italien soll über eine Zivilkontrolle über die staatlichen Wälder und Gruben im Ruhrgebiete, die Beschlagnahme der deutschen Zölle, die Emission einer deutschen Anleihe im Innern im Betrage von drei Milliarden Goldmark, für welche die deutschen Banken und die Industrie die Garantie übernehmen würden, sowie auch über eine automatische Inkraftsetzung der internationalen Strafmaßnahmen, im Falle Deutschland seine Verpflichtungen nicht erfüllt, günstig denken. Die italienische Ansicht unterscheidet sich daher keineswegs von der französischen These.

## Die Krise im Reich.

Der Kampf der Industriellen gegen den Achtstundentag. — Die Forderungen der Gewerkschaften an die Regierung.

Berlin, 27. Dezember. (Eigenbericht.) Mittwochabend hat das Kabinett die Verhandlungen über die Reparationsfrage und die damit zusammenhängenden Fragen eigentlich noch nicht zu einem vollkommenen Abschluß gebracht. In führenden Kreisen der Industrie erhebt sich ein Widerstand gegen gewisse Pläne der Reichsregierung. Die Industriellen verlangen, daß ihre Forderungen hinsichtlich der Frage der Steigerung der Produktion erfüllt werden; insbesondere verlangen schwerindustrielle Kreise die Aufhebung des Achtstundentages. Die Sozialdemokraten werden sich aber entschieden dagegen zur Wehr setzen, daß die Krise, insbesondere die Stabilisierung der Mark, auf den Rücken der Arbeiterklasse abgewälzt wird. Die Nachrichten einiger Berliner bürgerlichen Abendblätter, daß der rechte Flügel der sozialdemokratischen Partei zu allerlei Zugeständnissen bereit sei, ist frei erfunden.

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ sagt zur Lage, daß Herr Cuno sein Kabinett als Ministerium der Arbeit vorgestellt habe. Der Unterschied zwischen diesem Kabinett aber und dem des gewesenen Reichskanzlers Wirth liege darin, daß Wirth sich bemüht habe, nicht nur die Forderungen der Industrie zu erfüllen, während beim Kabinett des Kanzlers Cuno dieser Wille fehlt.

gliedern einer politischen Partei wird eine Soldateska gebildet, die persönlich von dem derzeitigen Ministerpräsidenten befehligt und in den Zeiten der Mobilmachung vom Staate besoldet wird. Da in einem parlamentarischen Regime die Möglichkeit nicht ausgeschlossen sein darf — selbst, wenn „tartarische Strafen“ darauf stehen, diese Möglichkeit auszusprechen — daß ein Wechsel des Ministerpräsidenten eintritt, so fragt man sich: bleibt in diesem Fall diese neue Soldateska dem Nachfolger? Das dürfte unmöglich sein, da sie ausschließlich aus politischen Parteigängern des heutigen Kabinetts besteht. Bleibt sie also unter dessen Befehl auch nach seiner Rückkehr ins Privatleben? Wie kann aber dann die Staatskasse heute und morgen die Kosten ihrer Mobilmachung tragen?

In der Nacht vom 15. zum 16. Dezember haben dann, unter dem persönlichen Vorsitz Mussolinis, der Parteivorstand der Faschisten und andere Persönlichkeiten dieser Partei in der Wohnung des Ministerpräsidenten im Grand Hotel getagt. Der Presse wird bekannt gegeben, daß derartige Tagungen in Zukunft als „Tagungen des Hohen Rates“ bezeichnet werden, wenn sie unter dem Vorsitz des Mi-

Die Besprechung, welche die Gewerkschaften in Anbetracht der schwierigen wirtschaftlichen und politischen Lage vom Reichskanzler verlangt haben, findet nunmehr Freitag statt; die Gewerkschaften werden an die Regierung ein Memorandum richten, in dem sie u. a. fünf Fragen der Regierung vorlegen werden:

1. Hat die Regierung Vorkehrungen getroffen, um in Anbetracht der kommenden Brotpreiserhöhung einen Ausgleich zwischen dem erhöhten Preise und den Löhnen und Gehältern der wertvollen Schichten des Volkes herbeizuführen?
  2. Ist die Regierung bereit, bei Lösung der Krise auch Arbeiterschaft verständige, insbesondere auch den Reichen der Gewerkschaften zu hören?
  3. Ist die Regierung gewillt, die Ungerechtigkeiten des neuen Einkommensteuergesetzes zu wahren, insbesondere hinsichtlich der Bestimmungen der Rotsteuerverpflichtigen, auszugleichen?
  4. Welche Absichten hat die Regierung in der Bekämpfung des Wuchers?
  5. Wie gedenkt die Regierung der Wohnungsnot beizukommen?
- Die Gewerkschaften werden in der freitägigen Besprechung die baldigste Beantwortung dieser Fragen mit allem Nachdruck fordern.

ministerpräsidenten stattfinden. Auf dieser Tagung hat Mussolini an die Leiter der Partei die Aufforderung gerichtet, ihm die besten und tüchtigsten Persönlichkeiten vorzuschlagen, die er als neue junge Energien dem Staatsorganismus einverleiben will. Es handelt sich um eine Art „kommunistische Zellen“ in . . . „schwarz“. Der „Hohe Rat“ hat weiter über die Wahlreform beraten, hat erklärt, die neuen Gewerkschaften als „faschistische Gewerkschaften“ von den andern zu unterscheiden und hat die Einführung eines neuen Ordens, des „Viktorenordens“, als Dankesausspruch des Staates für die faschistischen Sieger beschlossen. Bekanntlich tragen die Viktoren im alten Rom Nutenbündel als Amtszeichen (fasci); durch die Wortanalogie wurden diese Bündel zum Symbol des Faschismus, meist mit den Beilen, die im alten Rom seit dem Jahre 500 v. Chr., nämlich seit der Einführung der Berufung an das Volk, für die Friedenszeiten abgeschafft wurden. Diese Nuten der Viktoren, denen die ersten Klassenkämpfe Europas das Beil entwandten, sollen nun einen neuen Nutenorden in Italien darstellen.

Während so der „Hohe Rat“ als offizieller Ausdruck einer Partei gleichzeitig der

offizielle Ausdruck der Regierung ist, während der Ministerrat dem Regierungsoberhaupt unbegrenzte Vollmachten gewährt und der „Hohe Rat“ ihm aus Staatsmitteln eine bewaffnete Macht stellt, ergibt sich ganz von selbst die völlige Zwecklosigkeit einer Kammerauflösung. Wenn wird es einfallen, ein Haus umbauen zu lassen, das ohnehin nicht bewohnt werden soll? Es wäre sinnlos, das Volk aufzurufen, sich eine Vertretung zu wählen, wenn diese Vertretung keinerlei Funktion hat.

Vervollständigen wir dieses ausschließlich aus offiziellen Quellen geschöpfte Bild durch die Darstellung der Ereignisse von Turin, wie sie das faschistische Organ, der römische „Messaggero“, in seiner Nummer vom 19. Dezember gibt:

„Vergangene Nacht, gegen 12 Uhr, schossen drei Individuen aus dem Hinterhalt gegen sechs Faschisten, die ruhig ihres Weges gingen. Einer der Faschisten, Giuseppe Preda, wurde getroffen, stieß einen Schrei aus und fiel zu Boden. . . . Nach dem sie den Verwundeten ins Hospital gebracht haben, begaben sich die Faschisten in das Lokal des Fascio und hollen Gruppen, die sich in der Gegend des ersten Ueberfalles verteilen, wo zwei der ihnen verwundet werden. Daraufhin erfolgt die Mobilmachung der Jenturien des Piemonts, und die Zusammenziehung der „Schwarzhemden“ in Turin. Um 11 Uhr 30 Min. haben wie Faschisten die Besetzung der Arbeiterkammer durchgeführt. Das Gebäude war fast leer; in einem Lokal des Erdgeschosses war die Tür geschlossen. Die Faschisten haben sie gesprengt. Es befanden sich fünf Individuen in dem Raum, unter ihnen der kommunistische Abgeordnete Pagella. Was geschehen ist, kann man nicht mit Genauigkeit rekonstruieren. Sicher ist, daß bald darauf aus dem Tor der Arbeiterkammer zwei Krankenwagen herauskamen. Die Faschisten hatten dem Polizeipräsidenten die Besetzung der Arbeiterkammer telefonisch mitgeteilt und gemeldet, daß sie einige „Beulen“ auskurieren. Nur zwei Verwundete sind ins Krankenhaus gebracht worden, der Abgeordnete Pagella, mit Wundwunden am linken Auge, in vierzehn Tagen heilbar und der Eisenbahner Arturo Cozza, in vierzig Tagen wieder herstellbar. In dem Raum der Arbeiterkammer befand sich auch der kommunistische Stadtverordnete Zeruto, der heute Abend tot auf der Wiege Richelino aufgefunden wurde; kein Körper wies Schußwunden im Rücken auf. Von Cesare Fanti, einem Führer des Eisenbahnersyndikats, der auch anwesend war, fehlen Nachrichten. Am Nachmittag wandten sich die faschistischen Notons den Quartieren an der Peripherie der Stadt zu, wo sie alle Anhänger der Umsturzparteien körperlicher Durchsuchung unterzogen; einige, die zu rebellieren versuchten, wurden durchgeprügelt und mußten sich im Krankenhaus beha nadeln lassen. Die Tätigkeit der faschistischen Miliz wurde gegen Abend noch reger. Der kommunistische Straßenbahner Matteo Violero, der ihnen in der Nähe seiner Wohnung begegnete, wurde geißelt. Eine andere Gruppe von Faschisten begab sich in die Wohnung des Wirtes Leone Mazzoli, eines bekannten Kommunisten, wo sie die Möbel zerstörten; der Wirt der einen Revolver ergriffen hatte, wurde entwaffnet und verwundet. Zur selben Stunde wurde am Tor von San Paolo die Leiche eines Arbeiters gefunden; man nimmt an, daß es sich um einen kommunistischen Hilfsarbeiter bei den Eisenbahnen handelt. Am Tor Rizza wurde der Schuhmacher Paolo Mari von einem Schuß getroffen; die Ärzte halten ihn für heilbar in fünfzig Tagen. „Bald nach Mitternacht wurde im Corso Vittorio Emanuele ein Individuum gefunden das röchelte; er hatte eine Schußwunde am Schödel und starb gleich nach der Einlieferung ins Hospital. . . . In Via Vinelli ist die Leiche eines gewissen Chiomo Andrea gefunden worden, eines Kommunisten, der wegen Mitschuld an der Ermordung des Faschisten Vini angeklagt worden war. Die faschistischen Truppen haben auch viele Hausdurchsuchungen vorgenommen, in den Wohnungen von Kommunisten. . . . Einige Mitglieder von Umsturzparteien wurden gezwungen, Rizinusöl zu trinken. Gegen Mitternacht fand an dem Tor Rizza mehrere kleine Brände ausgebrochen. Eine heftige Feuersbrunst beginnt eben in der Arbeiterkammer.“

So zu lesen, wortwörtlich, ohne eine Andeutung von Mißbilligung, in einem bürgerlichen Blatte. Wir kommentieren nicht; wir berichten. Aus dem Bericht erfieht man, wie sich die Regierung vor ihren Feinden schützt. Wer schützt sie vor ihren Freunden, die sie durch solche Berichte preiszugeben?



# Inland.

## „Ratschläge der deutschen Sozialdemokraten“.

So betitelt das Organ der Brüner tschechischen Sozialdemokraten einen Leitartikel, in dem es (zum wiederholtenmale) an uns die höflichste Einladung richtet, in die Regierung einzutreten und auf diese Weise die internationale Einheitsfront wiederherzustellen. Welch große Unvernunft die deutschen Sozialdemokraten begehen, wenn sie eine so dringliche Einladung immer wieder unhöflich zurückweisen, beweist das Blatt damit, daß es gleich drei Autoritäten vorführt, die uns unsere Verblendung und Unvernunft attestieren: Genossen Stivin im „Pravo lidu“, Genossen Flov, den Prager Korrespondenten des Berliner „Vorwärts“ und den Professor H e r k n e r, von der „Zeitschrift für Politik“, den die „Straz“ zu einer für die Sozialdemokratie sympathisierenden Persönlichkeit avancieren läßt, was er wohl weniger der Jahrzehnte zurückliegenden Abfassung der „Arbeiterfrage“ zu verdanken hat, als dem für die tschechischen Genossen sympathischen Umstande, daß er das Verhalten der deutschen Sozialdemokratie zum tschechoslowakischen Staat nicht zu begreifen vermag. Um so besser begreifen wir, warum Herr Professor H e r k n e r uns nicht begreifen kann. Doch weiter mit ihm, noch mit den beiden Genossen wollen wir uns hier weitläufig auseinandersetzen. In der Schilderung der deutschen Partei vor dem Forum der reichsdeutschen Parteiführerlichkeit, wie sie den Genossen Flov als Korrespondenten des Berliner „Vorwärts“ beliebt, vermögen wir schon lange nicht Objektivität und Gerechtigkeit zu erkennen, worüber einmal mehr zu sagen sein wird. Er ist uns für die strömige Frage ein ebenso wenig autoritärer Ratgeber wie Gen. Stivin, dessen Standpunkt im Laufe von zwei Jahren eine schmerzliche und erstaunliche Wandlung erfahren hat. Auch der bürgerliche Gelehrte — seine sonstigen Autoritäten in vollen Ehren — ist für uns kein Schiedsrichter. Wir wollen uns doch lieber mit dem bescheidenen, was das Brüner Blatt aus eigenem bringt und worin wir die Abfassung und Mentalität der tschechischen Genossen widerspiegelt sehen. Es ist freilich nicht neu, sondern eine Wiederholung dessen, was wir bei jeder Berührung dieser Fragen zu hören bekommen.

Die Straz macht uns den Vorwurf, daß wir uns mit den Deutschnationalen in dem gleichen Oppositionslager befinden und uns in unseren Entschuldigungen von den Deutschnationalen führen lassen. Es würde den tschechischen Genossen sehr schwer fallen zu beweisen, daß wir uns von den Deutschnationalen führen lassen, mit denen wir im Gegenteil im schwersten politischen und sozialen Kampfe stehen. Daß wir neben ihnen in Opposition zur Regierung stehen, ist richtig. Es ist aber weder überraschend, noch neu, daß Parteien von ganz verschiedenem Charakter, aus ganz entgegengesetzten Motiven zu einer Regierung in Opposition stehen, ja sogar gemeinsame Aktionen unternehmen. Und doch hat es solche gemeinsame Aktionen mit den Deutschnationalen nicht gegeben, wiewohl sie aus technischen Notwendigkeiten der Oppositionspolitik hinsichtlich zu rechtfertigen wären. Wie klingt aber diese, (notabene unerschütterliche) Beschuldigung im Munde der tschechischen Genossen. Sie, die seit Besetzen des Staates mit den Bürgerlichen in einer Regierung stehen, die für viele von ihnen schon zur Herzogsgemeinschaft geworden ist, an der sie mit seltener Treue festhalten, haben wahrlich kein Recht, es uns zum Vorwurfe zu machen, daß wir unsere sachlich und grundtätig wohl begründete Opposition nicht aufgeben, nur deshalb weil auch die Deutschnationalen in Opposition stehen. Wir wollen zugeben, daß wir uns über die tieferen Motive der Deutschnationalen einer geringeren Täuschung hingeben, als die tschechischen Genossen über die Motive, aus denen sich die Tschechischbürgerlichen die tschechisch-

sozialistische Teilnehmerschaft in der Regierung gefallen lassen.

Das tschechische Parteiblatt versichert uns im weiteren, das Beisammensein mit den Bürgerlichen bereite ihm kein Vergnügen. Das wollen wir ihm glauben. Denn es wäre wahrlich eine politische Verwerflichkeit ohne Gleichen, diese unnatürliche Verbindung, die für ihre politische Zukunft eine so schwere Bedrohung beinhaltet, auch noch vergnüglich zu finden. Es wäre ihnen nach ihren Versicherungen lieber, wenn wir mit ihnen in einer Regierung beisammensehen, und nur weil wir unbelehrbar sind, müssen sie mit der ihnen wideren Gesellschaft zusammenbleiben. „Wenn wir“, denken sie wohl, nicht mit den Jungfern tanzen können, so tanzen wir mit den S... Sie versichern uns wieder einmal, daß sie durch ihr Verbleiben in der Regierung verhindern, daß die äußerste reaktionäre Rechte oder die äußerste (hoffschewistische) Linke zur Herrschaft komme. Als abschreckendes Beispiel für die erstere Möglichkeit führt das Blatt Oesterreich und Deutschland an. Es ist eine schlimme Selbsttäuschung der tschechischen Parteigenossen, sich einzubilden, daß sie den Siegeslauf der Reaktion im eigenen Staate aufhalten, die demokratischen Freyen und den reaktionären Staatkörper noch für ein demokratisches Purpurband zu halten, eine schlimmere Täuschung, daß sie noch immer nicht erkennen, zu welcher hohen Thrase bei uns Werte wie Demokratie und Fortschritt geworden sind. Der Fortschritt ist umso verhängnisvoller, als er sich nicht auf falsche Beurteilung der Rolle des Proletariats in Oesterreich und Deutschland stützt, ganz unmöglich. Der Austritt der Sozialdemokraten aus der Regierung in Oesterreich und Deutschland ist der Ausdruck einer durchaus klaren Einsicht in die Verhältnisse, ist eine logisch-sozialistische Notwendigkeit. Dieser Austritt hat dem Proletariat nicht Macht genommen (nicht einmal im realpolitischen Sinne des Wortes), er ergab sich aus der richtigen Bewertung der dem Proletariat innewohnenden Macht in der nach- und gegenrevolutionären Phase durch das Proletariat selbst, er bedeutet die Aenderung der tatsächlichen Position, die aus dieser Entwicklung fließt. Das weitere Verbleiben in der Koalition wäre Aufschlingung und Zermürung der proletarischen Kraft. Nur die tschechischen Sozialdemokraten, diese letzten Mohikaner der Koalitionspolitik innerhalb des europäischen Proletariats, sind so naiv, das zu verkennen. Auch die durchaus verzerrte Vorstellung von der Rolle des österreichischen und reichsdeutschen Proletariats, die die Straz gibt, kann über die Lächerlichkeit der eigenen Rolle nicht täuschen, noch weniger über die groteske Einbildung, daß sie unter allen sozialistischen Parteien als die einzigen vernünftige Politik betreiben. Nur noch durch Verdrehung aller Tatsachen erscheinen sich die tschechischen Sozialdemokraten den Ausdruck den deutschen Sozialdemokraten die Ablehnung einer Politik vorzumerfen, vor welcher Erfahrung und Grundgesetz in gleicher Weise warnen, für deren Ablehnung sie täglich von neuem Rechtfertigungen erhalten.

In dem Artikel des tschechischen Parteiblattes finden sich „Liebenswürdigkeiten“ für unsere führenden Genossen. Aber wenn es den toten Seliger gegen den lebenden Cz e k auchpielt, so sind das recht höchstarmfellige Argumente. Mit der Hoffnung, daß wir zu einer besseren Erkenntnis hinsichtlich der Teilnahme an der Koalitionspolitik kommen würden, schließt die Straz die Betrachtung. Wir wollen diese Liebenswürdigkeit mit der gleichen Münze bezahlen und der Hoffnung Ausdruck geben, daß die tschechischen Genossen zu einer besseren Einsicht in die sozialistische Zweckmäßigkeit ihrer bisherigen Politik kommen werden, ehe es zu spät wird, ehe sie am eigenen Leibe zu spüren bekommen, wie sehr ihnen die verhängnisvolle

Selbsttäuschung über ihre Rolle in der Koalition die Herzen des tschechischen Proletariats abwendig gemacht hat.

Das Beisammensein des Herrn Dr. Kramar an die Leser der „Narodni Politika“ besteht darin, daß er ihnen die große Erkenntnis vermitteln will, worin der Unterschied zwischen der tschechischen Politik im alten Oesterreich und der deutschen Politik in der Tschechoslowakei besteht. Wenn die Deutschen gegenwärtig sagen, daß sie dasselbe tun wie die Tschechen im alten Oesterreich, so sind sie nicht dazu berechtigt, denn die Tschechen „haben die Habsburger auf den verwaisten tschechischen Thron freiwillig berufen und legten dadurch den Grund zum späteren Oesterreich“. Deswegen haben die Tschechen — meint Kramar — im alten Oesterreich das Blaue vom Himmel verlangen können, während die Deutschen in der Tschechoslowakei Forderungen zu stellen nicht berechtigt sind. Herr Dr. Kramar ist also Anhänger der Gewalttheorie: Dadurch, daß man die Deutschen mit Gewalt, ohne ihren Willen, der Tschechoslowakei einverleibt hat, dürfen sie nichts fordern. Die von ihnen behaupteten Gebiete sind eben eine eroberte Provinz. Weil aber die böhmischen Stände im Jahre 1526, also ein paar Großgrundbesitzer, den Habsburger Ferdinand auf den Thron berufen haben, deshalb durften die Tschechen im alten Oesterreich alles verlangen, was einer souveränen Nation zusteht! Daran, daß Herr Dr. Kramar kein besseres Argument hat, als papierene Dokumente aus dem sechzehnten Jahrhundert, ist zu erkennen, daß der ehemalige Jungtscheche, der sich seine ersten politischen Sporen im Kampf gegen die mit dem feudalen Großgrundbesitz verflochtenen Tschechen verdient, an dem Gestade eben desselben Grundbesitzes gelandet ist, der seine soziale und politische Stellung im alten Oesterreich jahreintausend auf denselben Dokumenten verteidigt hat, auf die sich Dr. Kramar jetzt beruft. So schaut die Demokratie der national-demokratischen Partei aus! Im Kampf gegen das Proletariat und gegen die nationalen Minderheiten holen sie die verrosteten Waffen hervor, mit denen der Feudalismus einst das tschechische Volk unterjocht hat.

Ueber die Einheitsfront schreibt der Obmann der tschechisch-nationalsozialistischen Abgeordnetenfaktion S e a v i s e k im „Ceska Slovo“. Er erklärt, daß die Unterredung mit den Kommunisten notwendig gewesen sei, wenn sich auch durch diese Unterredung nicht anderes gezeigt habe, als daß sich die Arbeiterschaft an Illusionen nicht sattessen könne. Die Schwierigkeiten seien, abgesehen von den ideellen, methodischen und taktischen Gegensätzen, so groß, daß sie in absehbarer Zeit nicht zu überbrücken sind und deswegen ist die weitere Agitation mit der Einheitsfront eben b l o ß e Agitation.

J. S. Machar und die Faschisten. Das „Rude Pravo“ behauptet, daß am 30. November die illegale Organisation der tschechischen Faschisten, die sogenannten „Rot-Weissen“ eine geheime Versammlung in der Restauration des Herrn Ehrle in der Marienasse in Prag abgehalten hätten. Bei dieser Versammlung waren ungefähr dreißig Leute zugegen, unter ihnen sämtliche Faschistenführer. Es wurde dort gegen den Bolschewismus gedonnert und erklärt, daß drei giftige Schlangen, nämlich das „Rude Pravo“, die „Ladivoer“ „Svoboda“ und die Brüner „Rovnoh“ vernichtet werden müßten. Im Verlaufe der Debatte erklärte ein Redner, daß eine Deputation der „Rot-Weissen“ den Generalinspektor Machar auszusuchen habe. Dieser hat der Deputation ausdrücklich versprochen, daß er den „Rot-Weissen“ keine Hindernisse in den Weg legen werde, was von der Versammlung mit Beifriedigung aufgenommen wurde. — Dasselbe Blatt hat bekanntlich auch den Prager Polizeipräsidenten Dienert der Mitgliedschaft bei der Faschistenvereinigung bezichtigt.

## Der Sieg der Arbeiter in Australien

Am letzten Samstag haben in Australien die Wahlen zum Bundesparlament stattgefunden. Die Mandatsträger stehen noch nicht endgültig fest, doch ist soviel sicher, daß das neue Parlament ein gründlich verändertes Gesicht zeigen wird. Im Repräsentantenhaus verfügte die Regierung Hughes bisher über eine Mehrheit, die sich aus der von Hughes selbst geführten nationalsozialistischen Partei und der Landpartei zusammensetzte. Diese Mehrheit ist jetzt zusammengebrochen. Die stärkste Partei ist nun die Arbeiterpartei geworden, doch ist es ihr nicht möglich gewesen, die Mehrheit im Parlament zu erlangen, die sie vor dem Krieg besessen hat. An zweiter Stelle figuriert die Nationalistenpartei, die schwere Verluste erlitten hat, in den Rest teilen sich die Landpartei und die Unabhängigen Liberalen.

Das Wahlergebnis bedeutet nicht nur einen schweren Schlag für die Partei Hughes, sondern auch eine persönliche Niederlage für Hughes selbst, dessen Rolle als Ministerpräsident jetzt wohl ausgespielt ist. Denn diese Wahlen vollzogen sich unter dem Kampfruf: „Hughes muß gehen“, der von der Landpartei, dem Partner der Koalition, ebenso entschieden erhoben wurde wie von der Arbeiterpartei. Für die australische Arbeiterpartei liegen die Motive klar und einfach. Sie kann es Hughes nicht verzeihen, daß er es war, der die vor dem Krieg so mächtige Arbeiterpartei gespalten und zur Einfluchtlosigkeit verurteilt hat. Für sie ist entscheidend, daß Hughes das Dienstpflichtgesetz durchgesetzt hat, denn dies hatte zur Folge, daß diejenigen Arbeiterpartei, die unter dem Einfluß von Hughes dafür stimmten, von der Arbeiterpartei abspalteten und mit dem Großteil der Liberalen zusammen in die neue Nationalistenpartei übertraten. Infolge der Spaltung wurde die vor dem Krieg eingeleitete soziale und Agrarreform, die sich durchaus auf sozialistischen Gedankengängen aufbaute, zum Stillstand verurteilt. Und schließlich ist für die Arbeiterpartei Hughes, der ehemalige Arbeiter und Arbeiterführer, ein Renegat. Die Landpartei wendet sich heute von Hughes ab, weil sie rein wirtschaftlich orientiert ist und das Kernstück der Hughes'schen Wirtschaftspolitik, seine Schutzpolitik, als ihrem eigenen Interesse strikt zuwiderlaufend betrachtet. Das ist auch die Erklärung dafür, warum diese Partei heute eigentlich isoliert ist. Denn die Schutzpolitik steht auch anders als in Europa, im Programm der australischen Arbeiterpartei.

Wie das neue Ministerium aussehen wird, ist schwer zu sagen. Eine Koalition — und ohne Koalition läßt sich in Australien unter den gegebenen Umständen nicht regieren — aus Arbeiterpartei und Landpartei ist angesichts ihrer wirtschaftspolitischen Gegensätzlichkeit kaum denkbar. Möglich wäre die Fortführung der alten Koalition von Nationalisten und Landpartei, mit der Front gegen die Arbeiterpartei, aber die Landpartei besetzt jedenfalls darauf, daß Hughes in diesem Fall zurücktritt. Es ist sehr bezeichnend, daß Hughes, der strapaziöse Kriegsheld, den die Entente sich zuzählen durfte, jetzt, wo er von der politischen Bühne abtreten muß, selbst bei der Presse, die ihn einst inebeln auf den Schild hob, sehr wenig schmeichelhafte Kommentare findet. Mit der demokratischen Denkweise des englischen Volkes vertragen sich die autokratischen Mährchen, die Hughes in der Kriegszeit angenommen und bis heute beibehalten hat, sehr schlecht. Man geht sogar soweit, daß man ihm in der Wahl seiner Mittel gegenwärtigen Unehrenhaftigkeit vorwirft. Wer es fertig bringt, wie im jetzigen Kampfe, vor der Arbeiterpartei mit dem hoffschewistischen Gespenst bangen zu machen und gleichzeitig der Landpartei zu erklären, daß er zur Arbeiterpartei übergeben werde, wenn sie nicht für ihn stimme, ist in der Tat kein Persönlichkeits, auf die viel Verlaß ist.

## Louis Pasteur.

(Zu seinem hundertsten Geburtstag.)

Das Leben des großen Chemikers Louis Pasteur, dessen hundertsten Geburtstag die gesamte zivilisierte Welt am 27. Dezember feiert, war von einer wunderbaren Gradlinigkeit. Es entwickelte sich mit der Logik eines einseitigen Gedankens. Als Kolombus zu seiner Fahrt über die Atlantik aufbrach, hatte er keine Ahnung davon, daß er einen neuen Erdteil entdecken werde, er vermutete nur, daß er zu neuen Rufen gelangen müsse, wenn er in der gleichen Richtung fortsteuerte. So verlief auch die Entwicklung des Forschers und Entdeckers Pasteur. Als er seine ersten Studien über Kristallographie machte, wußte er nicht, daß er einen Weg beschritten hatte, der ihn eines Tages zu einer der größten Entdeckungen der medizinischen Wissenschaft: zur Schutzimpfung gegen Tollwut führen sollte.

Im Jurastädtchen Dole kam Louis Pasteur am 27. Dezember 1822 zur Welt. Aber seine Jugendzeit verbrachte er in Arbois, wo sein Vater Jean-Joseph Pasteur ein kleines Anwesen mit einer Gerberei erworben hatte. Louis war ein fleißiger Knabe, aber er hatte auch Freude an den Spielen der Altersgenossen, am Fischfang, am Jodeln des elterlichen Deims und an den Reizen der schönen heimatischen Landschaft. Vom Anceum Saint-Louis zu Paris, wohin ihn der Vater zur Vorbereitung auf die Normalschule bringt, treibt den Fünfzehnjährigen heimwärts nach Arbois zurück. Es beginnt ein harter Kampf zwischen dem Gefühlsmenschen und dem Talentischen Pasteur. Er wird nach der Gymnasialprüfung Studienleiter am Gymnasium zu

Besancon. 1842 erhält er bei der wissenschaftlichen Vorprüfung für die Ecole normale in der Chemie das Prädikat „Mangelhaft“ und wird im gleichen Jahr als aufnahmefähig erklärt: aber als 14. unter 22 Kandidaten. Er verachtet, arbeitet noch ein Jahr lang in Paris und kommt als Vierter in die Normalschule. Mit Leidenschaft ergriff er sich nun, gefördert durch den großen wissenschaftlichen Apparat dieses Instituts, dem Studium der Chemie. Angeregt durch eine Notiz des deutschen Gelehrten Mitscherlich in den Sitzungsberichten der Pariser Akademie der Wissenschaften, erringt er seinen ersten wissenschaftlichen Erfolg: er entdeckt das Gesetz der molekularen Dichtmetrie, wonach zwei in Bezug auf Kristallisationsform und chemische Beschaffenheit durchaus identische Salzige Verbindungen — das weinsaure und das traubensaure Natrium und Ammoniak — bei der Verlegung des polarisierten Lichtstrahl gleich stark, aber nach entgegengesetzten Richtungen drehen. 1848 zum Professor der Physik am Gymnasium zu Dijon ernannt, wirkt er hier als gewissenhafter Lehrer, wird dann außerordentlicher Professor der Chemie an der Universität Straßburg, drei Jahre darauf Ordinarius, dann Dekan der wissenschaftlichen Fakultät in Lille. Professor an der Sorbonne, Direktor des chemisch-physikalischen Laboratoriums an der Ecole des Hautes Etudes, Mitglied der Pariser Akademie der Wissenschaften und (1887) deren ständiger Sekretär.

Annahmen hatten neue Entdeckungen des großen Chemikers in der gesamten wissenschaftlichen Welt Aufsehen erregt und auch in manchen Zweigen der industriellen Praxis umwälzend gewirkt. Sie gehen durchweg zurück auf den von ihm erbrachten epochenmachenden Nachweis, daß alle Erscheinungen, die man vor dem durch U-

zeugung erklärt hatte, immer, selbst in den kleinsten Verhältnissen, durch lebende Organismen vermittelt würden. So zeigte er etwa die Rolle der Hefe als eines spezifischen Ferments beim Gärungsprozeß, er fand ein neues Verfahren der Essigherstellung, der Konservierung von Wein, Bier und Milch durch Verhütung von teilspezifischer Fäulnisprozesse („Pasteurisieren“). In seiner Polemik gegen Bouché und andere Anhänger der Urzeugungstheorie stützte er sich insbesondere auf Experimente der beiden deutschen Forscher Schröder und Dusch. Pasteur hat durch die Ergebnisse seiner Forschung die Lehre von der Urzeugung für immer erledigt und zugleich die Grundlage geschaffen für die moderne Lehre von den Infektionskrankheiten und den Bedingungen ihrer Übertragung und Weiterverbreitung. Für seine Werke „Ueber die Krankheiten des Weins“ (1866), „Ueber die Krankheiten des Essigs“ (1868) und „Ueber den Pilz der Seidenraupenkrankheit“ (1870) erhielt er im Jahre 1874 als Nationalbelohnung eine jährliche lebenslängliche Pension von 12.000 Francs.

Mit seinen späteren Arbeiten über Hundswut und Milzbrand wies Louis Pasteur der Erforschung der Schutzimpfungen neue Wege. Er zeigte, daß mit abgeschwächten Krankheitserregern Tiere gegen das nicht abgeschwächte Krankheitsgift immun sind. Gegen Tollwut empfahl er also Präventivimpfung durch Einspritzen einer Emulsion des Rückenmarksgewebes von Kaninchen, die man durch Impfung tollwütig gemacht, in steriler Bouillon oder physiologischer Kochsalzlösung. Das getrocknete Rückenmark besitzt je nach der Dauer der Aufbewahrung, verschiedener Stärke Ansteckungsfähigkeit; frisches Rückenmark wirkt am kräftigsten; man beginnt also mit längere Zeit getrocknetem und geht erst

nach und nach zu intensiver wirkenden Einspritzungen über. In den staatlichen Tollwutheilanstalten („Pasteur-Instituten“), die man in zahlreichen großen Städten errichtet hat, unterziehen sich die Patienten einer Kur von 21 bis 31 Tagen. Die Erfolge, die man mit der Pasteur'schen Methode erzielt, sind glänzend; die Todesziffer wurde dadurch von 15—16 Prozent auf 0,5 Prozent herabgemindert. Nur gelegentlich wurden Impfschädigungen beobachtet; natürlich auch in jenen — allerdings seltenen — Fällen, wo der Biss von einem gefunden Tier herriehre und erst durch die Impfung beim Gebissenen Tollwut erzeugt wurde.

Die Bestimpfung gegen Tollwut war Pasteurs größte und vollstündigste Tat. Er stand auf dem Gipfel seines Ruhmes. Im Jahre 1889 legte er alle seine Aemter nieder, um sich ausschließlich der Leitung des Pariser Pasteur-Instituts zu widmen, dessen Errichtung durch öffentliche Sammlungen ermöglicht worden war.

Politisch trat Pasteur nur gelegentlich hervor: so im deutsch-französischen Kriege, als er während der Beschließung von Paris — am 18. Januar 1871 — an den Dekan der Rechtsfakultät in Bonn ein Schreiben richtete, worin er bat, ihn aus der Liste der Ehrendoktoren zu streichen und das ihm gewidmete Ehrendiplom zurückzunehmen.

Im übrigen war Louis Pasteurs Wirken international wie sein Ruhm und seine wissenschaftliche Bedeutung. Als er — am 28. September 1895 — starb, betrauerte ihn die ganze Menschheit als ihren Helfer und Wohltäter.

Dr. M-r.



### Eine Autonomiebewegung in Ostpreußen.

Die Verabschiedung zweier ostpreussischer Landräte, des Herrn v. Auwers in Stuhm und des Herrn v. Braun in Werdau, hat bei den Rechtsparteien der Provinz Ostpreußen und der ihnen untergebenen Presse eine Bewegung hervorgerufen, die allgemeine Aufmerksamkeit verdient. Eine der nächsten Folgen der Verabschiedung der Landräte war die Drohung der Landwirte mit dem Viefortreit. Dazu gesellen sich jetzt Ankündigungen, daß man in Ostpreußen — natürlich nur in den Kreisen der Rechtsparteien, die allerdings in der Provinz eine starke Stellung inne haben — sich ebenso wie in Hannover und im Rheinland der Möglichkeiten bewußt sei, die der Artikel 18 der deutschen Reichsverfassung biete, daß man gegebenenfalls auf die staatliche Selbständigkeit der Provinz, also eine Loslösung aus dem preussischen Staatsverbande, hinarbeiten müsse, wenn die Berliner Regierung so wenig Rücksicht auf die Wünsche der Provinz nehme, wie bisher. In einer kleinen deutschnationalen ostpreussischen Zeitung ist dieser Gedanke offenbar zuerst ausführlich behandelt worden. Daß er sich aber nicht auf deutschnationale Kreise beschränkt, geht aus einem Leitartikel der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“ hervor, in dem von einer leitenden Stelle der Deutschen Volkspartei Ostpreußens betont wurde, es sei das gute Recht jeder Partei, die Frage der Autonomie zu erörtern und auf Gebietsänderungen und Neubildungen im Rahmen des Artikels 18 der Reichsverfassung hinzuwirken. Es ist das zweifelhafte Verdienst der völksparteilichen „Königsberger Allgemeinen Zeitung“, damit in einem breiteren Kreise eine Idee propagiert zu haben, die in Ostpreußen unter den gegenwärtigen Umständen mindestens ebenso gefährlich ist wie im Rheinland. Der Anlaß zu der ganzen Bewegung ist alles eber denn eine Rechtfertigung dafür. Die Gründe für die Verabschiedung der zwei Landräte müssen sehr richtig gewesen sein, wenn sich im Staatsministerium überhaupt eine Mehrheit für den Wechsel in den beiden Landratsämtern fand. Man will also durch die Drohung mit einer Autonomiebewegung den stärksten Druck auf die Regierung ausüben, um sie zur Korrektur ihrer Beschlüsse zu zwingen, oder zum mindesten um sie vor ähnlichen Maßnahmen abzuwarnen, die man, vielleicht nicht ohne Grund, befürchtet. Nach dem moralischen Wert oder der Verwertlichkeit der Agitation fragt man weiter nicht, wo es sich um eine Machfrage handelt, und doch gefährdet man durch die Autonomiebewegung Ostpreußen in seinen elementarsten wirtschaftlichen Grundlagen. Durch den „polnischen Kordwiv“ vom übrigen Reiche getrennt, vermöchte es sich aus eigener Kraft nicht aufrechtzuerhalten, ja, nicht einmal den Hofen von Königsberg auszubauen, und das Deutschstum des Landes wäre erst recht verloren. Die Patentdeutschen besorgen den Franzosen und Slawen Handelsangelegenheiten, wenn sie mit Ostpreußens „Unabhängigkeit“ spielen, aber diese Erziehung gilt weniger als nichts, wo es gilt, dem roten Innenminister Preußens, Sebering, eins auszuweisen.

### Polen nach dem Präsidentenmord.

Die Aufnahme, welche die Wahl des Präsidenten Narutowicz und Wojciechowski in der polnischen Dessenität gefunden hat, war eine so verschiedene, daß es auf den ersten Blick verwunderlich mußte. Trotzdem beide Männer dem scheidenden Präsidenten gleich nahe standen, trotzdem beide nur Dank den Stimmen der Minderheiten ihre Würde erlangen konnten, weckte die Wahl des einen ein lauffähiges, erbitertes Echo, das in der Warschauer Mordtat seinen entsetzlichen Ausklang fand. Die Erwählung des anderen hingegen schien es, auf allgemeine Gleichgültigkeit und die Rechte hielt es sogar für nötig, bei der feierlichen Angelobung des neuen Mannes feierlich zugegen zu sein. Diese „Tatsache“ nach dem Sturm entspringt aber nicht der Einsicht der Chauvinisten, sie seien schlechte Wege gegangen, sondern einzig der klugen Vorsicht. Es wäre nicht klug gewesen, unmittelbar nach der rüden Herausforderung der breiten Volksmassen in der gleichen Melodie fortzuführen. Da nun die Absicht des Mandats erreicht ist und sich die Linien nicht, wie die Nationaldemokraten befürchten mußten, zu energischer Abwehr erhoben hat, haben die hebräischen Dunkelkammerflott in die alten Kerker.

Die nächste Krastprobe soll die Bildung der neuen Regierung sein. Die augenblickliche Militärregierung des Generals Sikorski wird nämlich voraussichtlich schon im Beginn des Jahres zurücktreten. Der Klub der Rechten hat bereits den Beschluß gefaßt, die Bildung eines Wechselsblocks der Rechten mit Hilfe der Bauernpartei möglich zu machen, denn, so sagt der Beschluß, das polnische Volk müsse sich das „Recht des Hausherrn“ in der polnischen Republik sichern. Es beginnt auch wieder der Streit über die Rechte der nationalen Minderheiten. Die Blätter der Mitte, wie der offiziöse „Kurjer Polski“, erkennen heute an, daß der Staat Polen über die ethnographischen Grenzen hinausgeht. Das Wort nähert sich in seinen Darlegungen dem Gedanken des Nationalitätenstaates. Die Rechtsblätter, wie die „Gazeta Warszawska“, vertreten jedoch ganz den unverföhnlichen Standpunkt, daß Polen Herr im Hause sein müsse, und ihre Forderungen laufen auf die Unterdrückung der Minderheiten, vor allen Dingen auf ihren Ausschluß von der Regierung und der Präsidentenwahl und auf weitere Unterdrückungsbestimmungen hinaus. Bezeichnend dafür, daß die Rechte nach kurzer Er schöpfungspause den Kampf wieder aufnehmen gedenkt, ist, daß

## Deutschlands „vorsätzliche Verfehlung.“

Paris, 27. Dezember. (Wolff.) Die „Journal“ mitteilt, hat die Reparationskommission gestern die Beratung über die deutschen Holzlieferungen beendet. Der französische Delegierte Barthou schlug vor, den alliierten Regierungen einfach die Verfehlung Deutschlands bekanntzugeben. Der englische Delegierte Bradburn widersetzte sich dem, aber der italienische Delegierte bemerkte, daß anlässlich der Festlegung der Holzlieferungen Deutschland mitgeteilt worden sei, daß die Nichtausführung der Lieferungen zur Anwendung wirtschaftlicher Sanktionen führen werde.

London, 27. Dezember. (Wolff.) Ueber die gestrige plötzlich einberufene Sitzung der Reparationskommission, auf der der französische Delegierte eine Mehrheit von drei Stimmen gegen eine (die des englischen Delegierten Bradburn)

sie sich dem Plan der Linken, eine Erinnerungskasse im Sejm für Narutowicz anzubringen, widersetzt. Der neue Präsident sucht durch Aufrufe an das Volk eine Befestigung herbeizuführen, doch dürfte mit der Bildung der neuen Regierung der Parteistreit wieder ausbrechen. Der Außenminister Strinski hat es vorgezogen, auf seinen früheren Posten als Gesandter in Bukarest zurückzukehren, und auch der Arbeitsminister ist bereits zurückgetreten. All das sind Zeichen neuer Stürme, vielleicht neuer Gewalttaten. Von „Ruhe“ ist Polen noch sehr, sehr weit entfernt, weil die „Hausherrenpolitik“ der Rechten immer wieder zu Maßnahmen der Anarchie führen muß, und aus Druck und Gegenruck sich niemals ein stabiles Staatsgebilde entwickelt.

### Clemenceaus Mißerfolg in Amerika.

Die Rundfahrt Clemenceaus durch Amerikas große Städte ist zu Ende, hat aber durchaus nicht die Hoffnungen erfüllt, die Clemenceau und seine politischen Freunde an diese Redetournee geknüpft haben. Sie hätte in Amerika den Glauben an die „Gerechtigkeit“ und „Freiheitsliebe“ der französischen Politik neu beleben und Deutschland als das Schreckgespenst der Welt nochmals aufgalvanisieren sollen, aber die Reden wackeln nur, wo sie nicht gleichgültig liegen, erstauntes Kopfschütteln oder heftigen Widerspruch. Wie sehr Clemenceaus Liebeswerben um die Seele Amerikas verfehlt hat, beweist ein Bericht seines Freundes Nicholas Roosevelt im Pariser „Temps“. Roosevelt möchte, das merkt man, möglichst viel des Guten sagen und an dem lässlichen Ergebnis dieser Bemühung kann man erst ganz den Mißerfolg Clemenceaus ermessen. Der Bericht lautet: „In der Geschichte der beiden Nationen, der französischen und der amerikanischen, bildet die Rundreise Clemenceaus in den Vereinigten Staaten ein wichtiges Ereignis, das hoffentlich günstige Resultate haben wird. Die Amerikaner haben Clemenceau als energischen Staatsmann begrüßt, dem der Erfolg der Alliierten im Weltkrieg zum großen Teil zu danken war. Wenn auch Marschall Foch enthusiastischer empfangen wurde, so ist dies auf den Umstand zurückzuführen, daß der Marschall als Vertreter Frankreichs nach Amerika kam und kein Empfang vorbereitet wurde, während Clemenceau keinerlei offiziellen Auftrag hatte und gewissermaßen überraschend kam. Nichtsdestoweniger haben ihm die Zeitungen Beachtung gewidmet und die Aufrichtigkeit und Energie des greisen Politikers anerkannt. Man wollte nicht unterlassen, welche Tätigkeit er derzeit in Frankreich ausübt und nahm seine Offenheit und seinen Mut, die in seinen Reden zum Ausdruck kamen, mit Achtung entgegen. Der Umstand, daß Clemenceau ausgezeichnet Englisch spricht, kam ihm entschieden zugute, doch muß hervorgehoben werden, daß die Vorwürfe, die er den Vereinigten Staaten machte, weil diese sich derzeit von der europäischen Politik vollständig zurückziehen, nicht immer jenes Echo wackeln, das die Freunde des Gastes vielleicht erwartet haben. Immerhin kann als Erfolg gebucht werden, daß die Frage, ob Amerika wieder sich an der europäischen Politik beteiligen soll, durch Clemenceau in den Vordergrund der Diskussion gerückt ist. Hervorgehoben muß allerdings auch werden, daß manche Behauptungen Clemenceaus heftigen Widerspruch fanden, ja daß nicht nur eine Gruppe Senatoren unter der Führung Hohras gegen ihn Stellung nahm, sondern auch der Senator Hitchcock, der bekanntlich Wissens reiche Mann war, in recht vehemente Weise einzelnen Behauptungen Clemenceaus widersprach, was schon mit Rücksicht auf die Beziehungen Hitchcocks zu Wilson unangenehm bemerkt wurde. ... Danach hätte sich der „Tiger“ die Reifestrazojen füglich ersparen dürfen.

### Ein überreichlicher Anleiheplan ge'weltert.

Wien, 27. Dezember. (Eigenbericht.) Der „Abend“ bringt die Mitteilung, daß der französische Finanzdelegierte beim Völkerverbund, Avenol, der sich Anfang Dezember nach London begeben hat, um eine Anleihe von 80 Millionen Goldkronen aufzubringen, nach Wien zurückgekommen sei. Woher bei der englischen Regierung noch bei englischen Finanzgruppen habe er Unterstützung gefunden. Dadurch ist im Finanzplan Seipels eine große Lücke entstanden, da der Erlös der inneren Anleihe nur bis Anfang Jänner reicht und die 80 Millionen Goldkronen den Bedarf Oesterreichs bis zum Erlaß der großen 650 Millionen Goldkronen-Anleihe, die das Ausland gewähren wird, decken sollten.

zugunsten einer Erklärung erhielt, daß Deutschland in seinen Holzlieferungen vorsätzlich im Verzuge sei, schreibt der Pariser Korrespondent der „Times“, die Bedeutung einer solchen Erklärung am Vorabend der Pariser Konferenz trete sofort zutage. Bradburn ist, wie im „Welt Parisien“ verlautet, gestern um Mitternacht nach London abgereist. Es könne jetzt für Frankreich möglich sein, mit dieser Entscheidung gegenüber Deutschland allein vorzugehen. Der tatsächliche Wert, um den es sich bei dem Verzuge handle, betrage zwei Millionen Goldmark, was eine äußerst geringe Summe sei, verglichen mit den Gesamtforderungen an Deutschland. Es entstehe die Frage, ob in Wirklichkeit ein Bruch vorliege, der Deutschland unter die allgemeinen Strafmaßnahmen des Vertrages bringe.

## Tages-Neuigkeiten.

### Weihnachtserebnisse.

„Guten Tag, Herr Wilmann; wie gehts?“ — „Fragen Sie nicht erst; schlecht, sehr schlecht. Vorigen habe ich die letzten 70 Arbeiter entlassen müssen.“ Sprach's, legte die dicke Zigarre weg und griff nach dem Weinglas auf dem Tische, der sich von der Last der vielen Speisen bog. Herr Wilmann, der Textilwarenfabrikant, feierte nämlich im Kreise von etwa zwanzig Verwandten und Bekannten den heiligen Abend, und tröstete sich bei Wein und Liqueur, bei gestottem und geschäumtem Fisch, bei Braten und Torten, in sich überflutetem, wöhlig geheiztem Zimmer darüber, daß zur selben Stunde sechzig Arbeiterfamilien ihre letzten Kronen für einen Laib Brot hergaben.

„Haben Sie in der Zeitung gelesen,“ fragte der Großkaufmann Fabrikant Weikner seinen Kollegen, „wie streng der Richter das Prager Kreisgericht gegen die Schmuggler vorgeht? Vor ein paar Tagen wurde die Witwe R. aus Kallisch, Mutter mehrerer Kinder, wegen Verkaufes eingeschmuggelter Zigaretten zu einem Jahr schweren Kerkers verurteilt. Das ist vielleicht doch zu streng.“ „Ja, namentlich, da sie damit doch nur für sich und ihre Kinder den Lebensunterhalt verdienen wollte.“ „Gewiß,“ sagte Herr Weikner und begrüßte seine Tochter, die Seidenhut und Lackschuhe aus Dresden und einen wundervollen Pelzmantel aus Berlin — unterzollt — auf ihrem wohlgepflegten Körper trug.

„Ungehört, was sich die Arbeiter leisten. Bei uns im dritten Stock wohnt ein Monteur, der drei kleine Kinder zu versorgen hat, ein paar Monate nicht gearbeitet hat und mir für Dezember noch nicht den Zins gezahlt hat. Aber einen ganzen Haufen hat seine Frau für die Feiertage eingekauft, laun daß er wieder in die Arbeit ging. So eine Bagage!“ — So rief Frau Stein der Frau Mayer zu, als sie einander am 24. Dezember vor dem Delikatessengeschäft trafen, um Rebhühner und Fasanen einzukaufen. Sie konnten sich leisten, da ihre Ehemänner gerade in der letzten Zeit wieder so „glücklich“ in Devisen spekuliert hatten.

### Volkszählung und Volkszugehörigkeit.

Das Oberste Verwaltungsgericht hatte vor kurzem über folgenden Fall zu entscheiden:

Franziska Reif wurde im Jahre 1866 in Bielowitz als Kind tschechischer Eltern geboren, kam als 11jähriger Kind in den deutschen Ort Gieshübel bei Olmütz, besuchte dort die deutsche Schule, trat dort in den Dienst, heiratete 1890 einen deutschen Mann, sprach mit diesem und ihren fünf Kindern, welche die deutsche Schule besuchten, nur deutsch und fühlte sich überhaupt als Deutsche. Weil sie sich bei der Volkszählung im Jahre 1921 als deutsch bekannte, wurde sie von der politischen Bezirksverwaltung in Olmütz mit Erkenntnis vom 18. März 1921, wegen Uebertretung des § 12 der Volkszählungsverordnung vom 8. April 1920 zu 48 Stunden Arrest verurteilt. Das Erkenntnis wurde damit begründet, daß durch ihr Bekenntnis festgestellt wurde, daß sie tschechischer Abstammung ist, von tschechischen Eltern abstamme und eine tschechische Schule besucht habe, weshalb ihre Nationalität die tschechische sei. Sie habe sich daher wissenschaftlich einer falschen Aussage schuldig gemacht. Ihre Berufung an die politische Landesverwaltung in Brünn wurde abgewiesen, weil der Tatbestand der der Berufungsverweigerung zur Last gelegten Uebertretung erwiesen erschiene. Franziska Reif erhob nun die Beschwerde beim Obersten Verwaltungsgerichte, welches ihr mit dem Erkenntnis vom 22. November 1922, Folge gab und die Entscheidung des administrativen Instanzenzuges als ungeseklich aufhob. In der Begründung heißt es:

Im § 8, Absatz 2, der Regierungsverordnung vom 30. Oktober 1920, Zg. Nr. 592, ist angeführt, daß unter Nationalität die Stammeszugehörigkeit zu verstehen ist, deren äußeres Hauptmerkmal in der Regel die Muttersprache ist. Als andere Merkmale können ohne Zweifel gelten die Sprache, deren sich eine Person im täglichen Verkehr bedient, die Umgebung, in welcher eine Person durch längere Dauer lebt, die Stammeszugehörigkeit des Vaters, die Muttersprache desselben und der anderen Familienangehörigen, der Ort des langjährigen und

dauernden Aufenthaltes, die Umstände, unter welchen die Erziehung beendet wurde und ähnliche Verhältnisse. Die Beschwerdeführerin hat darauf verwiesen, daß sie sich den Wohnorten und der Sprache der deutschen Stammesangehörigen ganz in dem Maße angepaßt hat, daß sie sich jetzt als Deutsche fühlt. Dadurch hat jedoch die Beschwerdeführerin ein wesentliches Erfordernis des Tatbestandes der ihr zur Last gelegten Uebertretung bestritten, daß sie nämlich bezüglich ihrer Nationalität wissenschaftlich eine falsche Angabe gemacht habe. Da die belangte Behörde diesen Umstand überhaupt nicht beachtet hat, widerspricht die angefochtene Entscheidung dem Gesetze und war deshalb gemäß § 7 des Verwaltungsgerichtshofgesetzes aufzuheben.

Dieses Erkenntnis des Obersten Verwaltungsgerichtes und seine Begründung stellen die denkbar schärfste Beurteilung des Vorgehens der tschechoslowakischen Behörden bei der Volkszählung dar. Der Fall Reif ist nur einer aus den unzähligen Fällen, in welchen wegen des Bekenntnisses der deutschen Volkszugehörigkeit mit Geld und Arreststrafen gegen Personen, die sich, wie Franziska Reif, mit Recht als Deutsche zählen durften, vorgegangen und das Bekenntnis der Volkszugehörigkeit von den Behörden in gesetzwidriger Weise geändert worden ist. Unzählige haben die über sie verhängte Geldstrafe bezahlt oder die Arreststrafe abbüßen müssen, weil es ihnen an Mitteln gebrach, die Strafvorschrift der politischen Behörden beim Verwaltungsgerichte anzufechten. Aus dem vorliegenden Erkenntnis des Verwaltungsgerichtes geht klar hervor, daß die politischen Behörden die Rechtfertigung der Beschuldigten nicht in der gebührenden Weise gewürdigt und nicht die erforderliche Sorgfalt bei Ueberprüfung der Bekenntnisse der Volkszugehörigkeit angewendet haben. Alle, welche wie Franziska Reif ungerichtlich Weise wegen des Bekenntnisses ihrer Volkszugehörigkeit zu Unrecht verurteilt worden sind und deren Bekenntnis der Volkszugehörigkeit von den Behörden ohne ausreichenden Gründen geändert wurde, werden sich auf das hier auszugsweise wiedergegebene Verwaltungsgerichtserkenntnis berufen und die Wiederaufnahme des Verfahrens betreiben können. An die Regierung muß der Appell gerichtet werden, der Wiederaufnahme des Verfahrens in solchen Fällen keine formalen Schwierigkeiten zu machen. In allen jenen Fällen, wo die politischen Behörden das Bekenntnis der Volkszugehörigkeit in den Volkszählungslisten ohne Zustimmung der Parteien geändert haben, muß eine Revision dieser Amtshandlung gefordert werden, da sonst die Ergebnisse der Volkszugehörigkeit, was die Volkszugehörigkeit betrifft nicht als zuverlässig gelten könnten.

### Ein erwachender jüdischer Magyar gestorben.

Der größte ungarische Industrielle Manfred Weik ist Montag in Budapest im Alter von 66 Jahren gestorben. Mit dem Tode Manfred Weik hat das Ungarn von Koloman Szell bis Horthy seinen bedeutendsten Industriemagnaten und zugleich seinen interessantesten, fruchtbarsten Schwerverdiener verloren. Die Anfänge der damals noch Moses Weichsches Karriere liegen in den achtziger Jahren, der Blanzzeit der liberalen Ära. Weik war nicht nur der Geldmann aller liberalen Regierungen, deren berückichtigte Wahlen er finanzierte, er war noch mehr der berufsmäßige „Mangierer“ der vertrackten hazardierenden Gentry. Dieser Umstand verschaffte ihm allerdings die mächtigsten Verbindungen im Lande, die Manfred Weik so gut wie kein anderer in Gold umzumünzen verstand. Er inaugurierte „seine“ magyarische Handelspolitik, deren Lösung bündig „Magyaren lauset bei Magyaren“ forderte. Von ihm gekaufte Minister und einflussreiche Parteimitglieder lagen vor ihm auf dem Knie und standen ihm bei der Durchführung dieser Handelspolitik zur Seite. Weik gründete Lokomotiven- und Waggonfabriken, er baute Treibdampfmaschinen auf seinen Dambawerken in Fiume, er erzeugte Konserven, Monturen, Waffen, Munition, Gas, mit einem Wort, er war der größte Kriegslieferant in der alten Monarchie. Mit dem so aufgebrauchten Milliardenvermögen hätte sich der „Moses“ Weik wohl ganz gut vertragen, mit der Baronie und dem Zieg im Magnatenhause, die ihm der alte Franz Josef verleihten mußte, schon weniger. So wurde aus dem Moses der Manfred Weik. Die Rätereigierung konfisziierte den Immobilienbesitz des Manfred Weik, die Erwachenden Ungarn des Horthy gaben jedoch dem reichen Juden alles zurück. Der Dank des Hauses Weik blieb auch nicht aus. Wie aus den jüngsten Parlamentdebatten noch bekannt ist, war neben dem jüdischen Milliardär Simon Kraus Manfred Weik jener Patriot, mit dessen Millionen die letzten Horthy-Gombös-Wahlen durchgeführt wurden.

Die deutschen Lehrer und das Staatsbeamten-gesetz. Die Geschäftsleitung des Deutschen Lehrerbundes übermittelt uns folgende Entschliessung: Die Geschäftsleitung des Deutschen Lehrerbundes verwahrt sich aufs schärfste gegen jene Bestimmungen des zuletzt vom Parlamente beschlossenen Gesetzes betreffend die Regelung der Staatsbeamtenbezüge, durch die das ohnehin unzulässige Einkommen der Staatsangestellten und Lehrer abermals in der empfindlichsten Weise verkürzt wird. Sie lehnt die Verantwortung für die Folgen, die sich aus den Wirkungen dieses Gesetzes ergeben müssen, entschieden ab. Sie protestiert weiter gegen die oberflächliche, überstürzte Behandlung dieser Vorlage durch das Parlament, die es unmöglich machte, ein in seinen Wirkungen für Hunderttausende von Bürgern dieses Staates wichtiges Gesetz eingehend und sachlich beraten zu können. Die Geschäftsleitung des Deutschen Lehrerbundes erhebt im besonderen lauten Ein-



Spruch: gegen die Ausschaltung der Beamten- und Lehrereinstellungen bei der Vorbereitung des Gesetzes, obwohl ihnen eine Mitsprache von dem maßgebenden Regierungsstellen zugesichert worden ist. Die Nichterfüllung dieser Zusagen ist geeignet, das Vertrauen der Staatsangestellten zu den verantwortlichen Stellen zu erschüttern; gegen den Beginn des Lohnabbaues mit 1. Jänner 1923, weil die Teuerung nach wie vor so zu rückgegangen ist, daß der Kaufwert der bisherigen Bezüge jenem der Vorkriegszeit entspricht; gegen die der Regierung übertragene Ermächtigung, den Rest der Teuerungszulagen im Laufe des Jahres 1923 vollständig abzuhaken; gegen die Nichterfüllung eines Vertrages für die restlichen Teuerungszulagen für Staatsangestellte in den Staatsveranschlag des Jahres 1923, wodurch nicht weniger als 728.000.000 K ohne jede Rücksicht gelassen worden sind. Darum ist zu erkennen, daß die Regierung die feste Absicht hat, die Teuerungszulagen im Laufe des Jahres 1923 restlos abzuhaken; gegen die Vereinfachung der sozialen Bestimmungen der bisherigen Schiedsgerichtsgesetzgebung, wodurch alle jene Staatsangestellte und Bediensteten, die für einen mehrjährigen Dienst zu sorgen haben, um die ihnen bisher zustehenden Rechte gebracht werden; gegen die ehemalige Zurücksetzung der bereits im Ruhestand befindlichen Staatsangestellten und Bediensteten, die man weiterhin in ihrer Notlage läßt, hat die ihnen gegebenen Versicherungen einzuhalten und den Unterschied zwischen Alt- und Neudienstlichen zu beseitigen. — Die im Deutschen Lehrerbund vereinigte Lehrerschaft wird gemeinschaftlich mit den übrigen Staatsangestellten-Organisationen den Kampf gegen die Ungerechtigkeiten des neuen Gesetzes bis zu ihrer Beseitigung mit ungeschwächter Kraft führen.

**Die tschechischen Nationalsozialisten gegen den Faschismus.** Der Exekutivausschuß der tschechischen nationalsozialistischen Partei hat beschlossen, daß alle Parteimitglieder, die der tschechischen Vereinigung „Morava brunt“ angehören, aus der Partei ausgeschlossen sind. In der Begründung des Exekutivausschusses heißt es, daß das „Morava brunt“ eine politische Bewegung sei und daß daher die Zugehörigkeit zu dieser tschechischen Organisation mit der Parteizugehörigkeit unvereinbar sei.

**Der Kampf gegen die deutsche Schule.** Im Brüxer Bezirk werden nach einem Erlaß des Landesverwaltungsamtes vom 6. Dezember je eine provisorische Parallelklasse an der Knabenvolkschule in Brüx-St. Wenzel, an der Mädchenvolkschule in Brüx-St. Wenzel, an der Knabenvolkschule Brüx-Stadt und eine Klasse an der Knabenvolkschule in Branden aufgelassen. Die Auflösung erfolgt am 31. Dezember 1922. Die Brüxer Klassen werden vom Ortschulrat auf eigene Kosten weitergeführt. Dagegen darf an den drei Oberleutensdorfer Volksschulen je eine der aufgelassenen Klassen weitergeführt werden.

**Was ist's mit der Aufhebung der Bordelle?** Wir haben jüngst berichtet, daß in der Slowakei trotz der bereits eingetretenen Wirksamkeit des Gesetzes über die Aufhebung der Bordelle ihr Geschäft lustig und ungehindert weiter betreiben. Nun bestehen diese gesetzwidrigen Verhältnisse nicht nur in der Slowakei, sondern zum Teil auch in Deutschböhmen, wo in manchen Städten gleichfalls niemand von der gesetzlichen Abschaffung der weißen Sklaverei Notiz nimmt. Beispielsweise scheren sich die Bordellbesitzer in Bilin einem blauen Teufel um das Verbot. Bieleicht findet es die Regierung doch der Mühe wert, der Öffentlichkeit Aufklärung darüber zu geben, ob sie bisher hievon nichts wußte oder ob sie diesen Zustand „aus besonderen Gründen“ liebevoll duldet.

**Wieder eine willkürliche Verhaftung.** Wie das C. A. A. meldet, ließ am letzten Samstag der Kaspauer Polizeidirektor Klima den dortigen kommunalistischen Kreissekretär Seiden, der eben aus Moskau zurückgekehrt war, verhaften und abtransportieren; angeblich soll er nach Gorlitz-Ungarn ausgeliefert werden. Die Intervention des Abg. Taubitz blieb erfolglos. Seiden wurde bereits vor einiger Zeit unter dem Vorwande, daß er als fremder Staatsangehöriger staatsfeindliche Agitation treibe, verhaftet, mußte aber freigelassen werden, weil festgestellt, daß er tschechoslowakischer Staatsbürger ist. Diesmal dient seine illegale Reise nach Rußland und ein erdichteter Besuch gelber Gewerkschaften, alle ausländischen Arbeiter auszuweisen, zum Vorwand für die Verhaftung.

**Militärjustiz gegen Marx und Engels.** Wie die „Tribuna“ meldet, hat das O. M. über Militärgericht einen aus Preußen stammenden Soldaten namens Tolar, zu zehntägiger Haft, verurteilt durch hartes Lager und Einzelzelle, verurteilt. Der Grund hiesu ist, daß der Soldat seinen Kameraden das „Kommunistische Manifest“ vorlas und weitergab.

**Eine interalliierte Ausstellung der Arbeiten von Kriegsinvaliden.** Im April kommenden Jahres wird in Gent (Belgien) durch den ständigen interalliierten Ausschuh eine große Ausstellung der Arbeiten von Kriegsinvaliden veranstaltet werden. Die tschechoslowakische Regierung, die gleichfalls zur Beteiligung an der Ausstellung aufgefordert wurde, hat ihre Beteiligung zugesagt. — Hierzu wäre zu bemerken, daß es jenen, die eine Ausstellung von Arbeiten der Kriegskörper veranstalten, schlecht ansteht, auch hier noch die Scheidung zwischen den Nationen, zwischen „Siegern“ und „Besiegten“ aufrechtzuerhalten. Schon das Wort „interalliiert“ wirkt in diesem Zusammenhange betrüblich.

**Verbot des Alkoholhandels an Feiertagen im Hamburger Gebiet.** Die politische Bezirksverwaltung in Hamburg hat ein allgemeines Verbot des Alkoholhandels an Feiertagen in allen Geschäften des Gebietes erlassen. Das Verbot gilt an diesen Tagen bis sieben Uhr abends. Diese dringliche Verfügung der Hamburger Bezirksverwaltung ist notwendig, da zu begreifen, als sich an Feiertagen die Menschen in den Geschäften des Hamburger Gebietes in letzter Zeit erschreckend gebührt haben.

**Wohnwagen in Olmütz.** Die Abteilung der P. O. in Olmütz hat am ersten Weihnachtstage vor ihrem Gebäude einen Wohnwagenbauplatz angelegt. Der der Öffentlichkeit übergeben wurde. Es ist dies ein alter amerikanischer Bauart, der denjenigen Familien, die sich einen Wohnwagenbau nicht leisten können, die Möglichkeit geben soll, ihren Kindern die Freude eines Wohnwagenbaues zu bieten. Die Übergabe des Baues an die Öffentlichkeit gestaltete sich zu einer großen Feier, an der tausende von Leuten teilnahmen. — In Olmütz war der Markt mit Wohnwagenbauern aus dem Markte einlangte. In einem Falle machte sogar die Polizei einschreiten, da sich die Leute auf die Straße stürzten und die Wohnwagenbaue fortzuziehen wollten.

**Finanzminister Rasin und die Legionäre.** Da Dr. Rasin auf die öffentliche Aufforderung der Legionäre, seine Äußerungen in der Versammlung in Prag zurück zu widerrufen, bis jetzt nicht geantwortet hat, hat die Legionärgemeinde eine Rundschreibung herausgegeben, in der es heißt: „Der Exekutivausschuß der Legionärgemeinde hat in seiner Sitzung vom 22. d. M. festgestellt, daß Minister Dr. Rasin auf die Aufforderung des Vorstandes der Legionärgemeinde bis jetzt nicht geantwortet hat. Der Exekutivausschuß hat daher folgenden Aufruf erlassen: Durch sein unerhörtes Verhalten hat sich der Minister Dr. Rasin offen in die Reihen der Feinde aller tschechoslowakischen Legionäre gestellt und wird auch als solcher angesehen werden. Die politische Partei, deren Presse ähnliche Angriffe nicht nur verbreitet, sondern auch zu begründen sucht, ist für diese Angriffe mitverantwortlich und den Legionären ist dadurch eine klare Direktive gegeben, wo ihr Platz nicht ist. Durch seine unbedruckenen Pauschalangriffe hat sich Dr. Rasin außerhalb des Rahmens jedes christlichen Gedankens gestellt und der Exekutivausschuß behält sich die Freiheit vor, sich Vergeltung für die Legionärgemeinde zu verschaffen.“

**Zum Gesetz über die Erleichterung zur Erfüllung der Wehrpflicht** hat der Ministerrat folgende Durchführungsvorordnung beschlossen: Gesuche um Gewährung von Erleichterungen für Soldaten, die sich in aktivem Dienste befinden, müssen innerhalb zweier Monate überreicht werden; es liegt aber im Interesse einer beschleunigten Erledigung, wenn sie ehestens überreicht werden. Ansuchen sind bei der politischen Behörde erster Instanz des letzten dauernden Wohnortes des Wehrpflichtigen zu überreichen. Soldaten, denen die Beginnzeitung zuteil wird und die mindestens sechs Monate abgedient haben, werden sofort nach günstiger Erledigung ihres Gesuches, das ist im März, auf dauernden Urlaub entlassen, sonst erst nach vollzogenem sechsmonatigen aktiven Dienst. Gesuche und Protokolle in diesen Angelegenheiten sind stempelfrei. Ansuchen von Familienangehörigen müssen mit dem Familienausweis belegt sein, die das Grundvermögen bestätigen, weiter mit detaillierten Angaben über das Vermögen der Familie, die Ernährungsquellen, über die staatlichen Steuern, die Gemeinde-, Landes- und Bezirkssteuern, weiter mit einer Äußerung, ob die Erhaltung der Familienangehörigen von der Entlassung des Wehrpflichtigen aus dem aktiven Dienste abhängt.

**Subventionsgesuche an Bezirke und Gemeinden.** Wir erhalten folgende Mitteilung: Unterstützungsgehalte von Körpergehilfen, Vereinen usw. an die dem Verbands der deutschen Selbstverwaltungskörper in der Tschechoslowakischen Republik, Sig Teplitz-Schönan, angeschlossenen Bezirke und Gemeinden sind, soweit sie nicht rein örtliche Zwecke betreffen, bei der Kanzlei des Verbandes in Teplitz-Schönan, Schmetzplatz 9/II, einzureichen, widrigenfalls sie eine Erledigung nicht erfahren können.

**Ein neues Blatt der Ledebourpartei.** Die Partei der Unabhängigen Sozialdemokraten in Deutschland, die unter der Führung Ledebours steht, wird mit 1. Jänner 1923 ein neues Blatt „Aufruf“ herausgeben.

**Restnahme von Geheimbündlern in Hamburg.** Der Soz. Parl.-Dienst meldet: Am 18. Dezember, abend gegen 8 Uhr, wurde in einem Fabrikator des Hamburger Stadtteils Ottensen eine Versammlung von 23 Teilnehmer aufgelöst. Leiter der Versammlung war der Fabrikbesitzer Ridel, der als Mitinhaber einer Ottenfer Schokoladenfabrik seine Kontorräume seit Monaten für diese geheimen Zusammenkünfte zur Verfügung gestellt hatte. Die Teilnehmer, fast durchweg ehemalige Offiziere, dem Berufe nach Kaufleute, Bankbeamte, Studenten, ein Lehrer, ein Oberzollsekretär, gehören zweifellos einer Verbindung an, deren Zweck vor der Staatsregierung geheim gehalten werden sollte. Umfangreiches Belastungsmaterial, wie Schriftstücke über Geheimhaltung der Organisation und ihr Unterstützungsmaterial, wie ein Klappenschrant, zwölf Ferntelefone, Armeelabeln, Zülfelmente, Infanteriestiefel, Leuchtpistolen, Leuchtmunition, Signalarhörner, Infanteriespaten und Beiliden wurden vorgefunden. Sämtliche angetroffenen Personen wurden vorläufig festgenommen, dem Polizeigefängnis zugeführt und nach Abschluß der

polizeilichen Ermittlungen teils dem Gericht vorgeführt, teils wieder auf freien Fuß gesetzt. Bei den in Hamburg wohnenden Mitschuldigen wurden insgesamt 17 Gewehre, zwei Handgranaten und weitere Wertgegenstände vorgefunden. Wegen Verheimlichung bzw. Weiterversteigerung von 150 weiteren Gewehren werden sich die Teilnehmer außerdem noch zu verantworten haben. Das gesamte Material wird der Staatsanwaltschaft vorläufig übergeben, jedoch dem Oberreichsanwalt in Leipzig überwiesen werden, da bereits seit einem halben Jahre gegen Ridel und Genossen ein Strafverfahren wegen Geheimbündelei beim Staatsgerichtshof in Leipzig schwebt.

**Die Postfeier in Paris.** Aus Paris wird gemeldet: Der Präsident der Republik Millerand führte bei der gestrigen Feier, die zu Ehren des hundertsten Jahrestages der Geburt Pasteurs veranstaltet wurde, den Vorsitz. Anwesend waren die hervorragendsten Persönlichkeiten der Wissenschaft aus der ganzen Welt, wie auch belgische, italienische, schweizerische, polnische, rumänische, jugoslawische, schwedische, norwegische und niederländische Studentenorganisationen.

**„Gnade.“** Wie die „Times“ aus Johannesburg melden, beschloß der dortige Generalgouverneur, alle Personen, die im Zusammenhang mit dem „Aufbruch“ (lies: Streik) im Randgebiete zum Tode verurteilt wurden, zu begnadigen. Die Todesstrafen sind in Gefängnisstrafen von verschiedener Dauer umgewandelt worden. Die Maßnahme wird allgemein mit großer Genugtuung begrüßt.

**Beförderung von 1300 Staboffizieren!** Wie die „Prager Presse“ meldet, werden in den nächsten Tagen 1300 Staboffiziere befördert werden. Unter den Beförderten befinden sich 137 Oberstleutnants, 237 Majore, 182 Stabkapitäne und 743 Kapitäne. Die Erhöhung der Rangklassen und Bezüge von 1300 Staboffizieren kann jetzt jedenfalls leicht vorgenommen werden, nachdem man die Staatsbeamten um einen großen Teil ihrer Bezüge verläßt hat.

**Zur Schaffung einer tschechischen Mittelschule in Wien** wurde dieser Tage ein eigener Studentenunterstützungsverein gegründet, der durch Sammlungen, Mitgliedsbeiträge und sonstige Zuwendungen die Gründung einer tschechischen Mittelschule in Wien ermöglichen will.

**Die Abteilung für soziale Fürsorge bei der Prager Polizeidirektion** übersteht in den Tagen vom 20. bis 30. Dezember in die neuen Räumlichkeiten in Prag II, Dittirichstraße 19. An den beiden Tagen wird daher in dieser Abteilung nicht antiiert.

**Erhöhung der italienischen Posttarife.** Die römischen Blätter kündigen die bevorstehende Erhöhung der Posttarife um durchschnittlich 20 Centesimi sowie die Ausgabe neuen Geldes mit Fasci-Emblemen an.

**Kleine Chronik.**

**Jugdzusammenstoß.** Aus Valencia wird gemeldet: In Jativa kam es zu einem Jugdzusammenstoß, bei welchem ein Militärzug erheblich beschädigt wurde. 300 Personen wurden getötet, 90 verwundet.

**Bombenattentat auf das italienische Konsulat in Lissabon.** Wie aus Lissabon gemeldet wird, explodierte bei der Türe des italienischen Konsulates eine Bombe, die unbedeutenden Schaden verursachte. Es scheint, wie aus einem später aufgefundenen Schreiben hervorgeht, daß es sich um ein antifaschistisches Attentat handelt.

**Unruhige Stürme im Atlantischen Ozean.** Nach Erzählungen der Schiffbesatzungen, die im Netz Yorker Hafen eingelangt sind, wüeten im Atlantischen Ozean in den vergangenen zwei bis drei Tagen heftige Stürme, wie man sich solcher nicht erinnern könne. Infolgedessen sind einige Schiffe nach der festgesetzten Ordnung bisher nicht eingetroffen.

**Ein neuer Fallschirm für Flugzeuge.** In Amerika wurde kürzlich ein Fallschirm patentiert, der so konstruiert ist, daß er sich automatisch öffnet und dadurch beschädigt Flugzeuge davor schützt, kopfüber zu Boden zu stürzen. Der Schirm ist dauernd an der Maschine befestigt und kann für den Fall, daß der Führer aus irgendeinem Grunde die Herrschaft über das Steuer verliert und anherstürzt, das Flugzeug wieder ins Gleichgewicht zu bringen, durch einen einfachen Handgriff losgemacht werden, wobei er sich öffnet und die Maschine langsam und ruhig zur Erde gleiten läßt. Eine andere amerikanische Erfindung auf dem Gebiet der Luftschiffahrt betrifft eine Vorrichtung, die dazu dient, einem Flugzeug, das auf dem Deck eines Schiffes oder auf dem Dach eines Hauses eine Notlandung vornehmen mußte, wieder den Aufstieg zu ermöglichen. Es dient dazu ein elektrischer Strom, der gegebenenfalls eingeschaltet wird. Die Erfindung soll auch Flugzeugen, die in schwere Seen geraten sind, von Nutzen werden können.

**Jobialer Umgang.** Das „Tagebuch“ erzählt folgende „preußische Anekdote“: Ein junger österreichischer Dichter war während des Krieges österreichischer Offizier, stand irgendwo bei einem höheren Kommando. Diensthilfte er viel mit dem preußischen Oberleutnant von — sagen wir mal Erbsingen zu tun, Sohn eines Armeeführers in den Karpathen. Der Dichter, nur Leutnant, nur Oesterreicher, nur Bürgerlicher, besichtigte sich korrekter Höflichkeit. Selbst im Kasino sprach er nur in dritter Person. — „Herr Oberleutnant gestatten...“, „Wollen Herr Oberleutnant nicht göttlich...“ Aber eines Abends waren Herr Oberleutnant äußerst jobial. Der Wein hatte ihm das Herz geöffnet, plötzlich erwiderte er seine Freundschaft zu dem kleinen Verbündeten. Kloppte ihm also auf den Rücken, streckte ihm die Hand hin und bat: „Warum denn das ewige „Herr Oberleutnant“, Herr Leutnant? Sie wer doch kameradschaftlich, nicht? Sagense von jetzt ab einfach: von Erbsingen!“

**Ein Arbeitsplan für das linke Rheinland.**

Paris, 25. Dezember. (Tsch. P.) Der Ministerpräsident, die Minister für Finanzwesen, für das besetzte Gebiet und für öffentliche Arbeiten haben heute mit dem französischen Delegierten bei der Reparationskommission Barthou und mit den französischen Sachverständigen in der Kommission eine Konferenz abgehalten, um aufs neue die Frage der Reparationen und der Pfänder zu überprüfen. „Matin“ sagt, die französische Regierung wolle alle Einzelheiten eines Arbeitsplans für das linke Rheinland durch Errichtung einer Zolllinie, die das Rheinland vom Ruhrbecken und vom übrigen Deutschland trennen soll, ausarbeiten. Frankreich sei daran gelegen, daß dieser Plan als produktive Pfändernahme und nicht als militärische Expedition angesehen werden soll. Die Inanspruchnahme des Heeres wird nur in dem Maße erfolgen, als dies für die mit der Kontrolle der Dominalgüter und Zollcinnahmen beschäftigten Beamten notwendig ist. Das Blatt sagt, die englische Regierung sei nicht weit davon entfernt, einer Zollgrenze um das Ruhrgebiet zuzustimmen, ja sich sogar eines Tages tätig zu beteiligen, wenn die Maßnahme noch einem neuen Ultimatum sich als notwendig erweisen sollte.

**Die Arbeitslosigkeit in Deutschland.**

Berlin, 27. Dezember. Die Zahl der unterjüngsten Erwerbslosen im Gebiete des Deutschen Reiches ist im Monate November gegen den Monat Oktober von 24.000 auf 42.000 gestiegen. Auch die Zahl der Zuschlagem'änger, das sind nämlich die unterstützungsberechtigten Familienangehörigen hat sich von 27.000 auf 50.000 erhöht.

**Zurückweisung der Türken in Lausanne.**

Lausanne, 27. Dezember. (Havas.) Die englische Abordnung hat heute die letzte türkische Denkschrift über die Frage von Mossul beantwortet. Auf Grund eingehender ethnographischer, historischer, wirtschaftlicher und strategischer Beweismittel weist sie die Forderungen der türkischen Delegation zurück und betont vor allem, daß die englischen Truppen nach dem siegreichen Ausgang des Krieges das Gebiet von Mossul besetzt halten, und unter keinen Umständen die Bewohner wieder der türkischen Herrschaft ausliefern können. Das Gebiet gehört zum Königreich Irak, über das England vom Völkervund das Mandat erhalten hat. Alles, was England zubilligen könne, sei eine leichte Grenzregulierung im Norden.

**Der Parteitag der ungarischen Sozialdemokraten.**

Wien, 27. Dezember. (Eigenbericht.) Ueber den Parteitag der ungarischen Sozialdemokratie wird berichtet, daß der Sitzungssaal von Polizei und Spibeln überfüllt war. Banderbelde, der den Parteitag im Namen der belgischen Sozialdemokratie begrüßen wollte, erklärte dem Polizeibeamten, der am Tische des Vorsitzenden Platz genommen hatte, er sei empört darüber, daß an diesem Tische ein Polizeibeamter Platz nehmen könne, und er werde darüber in seinem Lande Bericht erstatten. Im übrigen könne er nicht sprechen, da er sich durch die Unzahl der Spibel gehindert fühle. Den Bericht der Parteileitung erstattete Genosse Arkas. Im Namen der Opposition verlangte Rudolf Peier von der Parteileitung ein entschiedeneres Vorgehen gegen die Regierung. Zu stürmischen Szenen kam es, als der Delegierte Baskal den verschärften Schutz der staatlichen „Ordnung“ kritisierte.

**Das Ende des italienischen Parlamentarismus.**

Rom, 27. Dezember. (Havas.) „Il Mondo“ berichtet, daß die Partei der Fasisten die Vorlage einer Verfassungsreform genehmigt hat, durch die dem Parlament das Recht entzogen wird, die Regierung zu stürzen. Der Ministerpräsident soll bloß dem Herrscher verantwortlich sein.

**Eine neue Sozialistenpartei in Frankreich.**

Dijon, 24. Dezember. (Havas.) Heute wurde der Kongreß eröffnet, auf welchem einige Vorkämpfer des Sozialismus und hauptsächlich Kommunisten, die aus der Partei ausgeschlossen wurden, oder den Wunsch haben, aus ihr auszutreten, zusammengekommen sind. Die Arbeit dieses Kongresses zielt darauf ab, eine neue Partei unter dem Namen „Föderative sozialistische Union“ zu begründen, in der die gesplitteten Sozialisten und Kommunisten wieder vereinigt werden sollen. Nach einer Ansprache des ehemaligen Abgeordneten Brisson, des Pariser Municipalrates St. Lier und des Kommunisten Berfeuill wurde die neue sozialistische Partei unter dem angeführten Namen begründet.

**Amerika und die europäische Krise.**

Washington, 25. Dezember. (Reuter) Der im amerikanischen Senat vom Führer der Unabhängigen, Borah, eingebrachte Zusatzantrag zur Marinerevidenzvorlage, der den Präsidenten eruchtet, eine Konferenz der Weltmächte einzuberufen, um die wirtschaftlichen Fragen zu prüfen und die Herabsetzung der Land- und Seerüstungen zu sichern, hat eine Spaltung der Unabhängigen im Senate hervorgerufen, die voraussichtlich zur Generaldenbatte über die Teilnahme Amerikas an den europäischen Angelegenheiten führen wird. Borah hat eine Erklärung veröffentlicht, in der er sagt, Europa müsse gelassen werden.



# Erinnerungen.

## Aus den Anfängen der Arbeiterbewegung in Deutschböhmen.

Von Wilhelm Riefewetter.

Einer Reihe denkwürdiger Versammlungen, die zur Charakterisierung der Bewegung der neunzigerjahre des verfloffenen Jahrhunderts beitragen und die ich persönlich mitgemacht habe, will ich noch hier Erwähnung tun.

Ich will gleich der ersten großen Versammlung, die im Frühjahr 1890 stattfand und der ich beizuhören gedachte. Es war eine Volksversammlung, die in Deutsch-Gabel stattfand, zu der ich von Reichenberg aus auf telegraphisches Verlangen der dortigen Genossen geschickt wurde. Als Redner war bürgerlicherseits auf den Plakaten Dr. Knoč angemeldet. Knoč war der Vorgänger R. S. Wolffs, der im Prager Landtage durch sein entschiedenes Auftreten viel von sich reden machte. Als ich ankam, war der geräumige Saal schon gestopft voll. Die größere Zahl der Anwesenden bestand offenbar aus Anhängern der bürgerlich-nationalen Sache, da unsere Anhänger in Gabel selbst zu jener Zeit nicht stark an Zahl waren. Das Präsidium bestand natürlich aus unseren Gegnern. Nachdem der Referent seine längere Rede unter stürmischem Beifall beendet hatte, ersuchte ich um das Wort, das man mir, unter dem Vorwande, daß ich nicht im Bezirke Gabel domicilierte, verweigerte. Da ich aber die Rede nicht umsonst gemacht haben wollte, sprang ich entschlossen auf die Tribüne und schmetterte einige kräftige Worte hinaus, wie, daß es eine Schmach für das freiherrlich sein wollende Bürgertum sei, mir das Wort zu verweigern. Von Euch, rief ich, haben wir nichts gutes zu erwarten. Im Gegenteil, wenn ihr deutschen Herrenmenschen einmal in Oesterreich, das so schon ein Völkerverdrängungsort ist, ordentlich ans Ruder kämet, dann würdet Ihr ganz gewiß dem aristokratischen Rußland den Rang ablaufen. Bei diesen Worten, die insbesondere auf den Galerien Beifall auslösten, griffen schon die Polizisten nach mir, um mich vom Podium herunterzureißen, denen ich aber glücklicherweise noch zuvor kam. Damit war natürlich die Versammlung zu Ende.

Eine Versammlung mit Franko Stein, einem Schildknappen Wolffs und Draufgänger ersten Ranges, fand in Ottenboř bei Braunau statt. Dieser sprach kaum einen Satz ohne Schimpf und Verleumdung. Die Versammlung war von den Alldeutschen einberufen. Die Braunauer Genossen, die beschloffen hatten, die Versammlung nicht zu besuchen, hatten, als es um acht Uhr abends zur Eröffnung kam, richtig die Majorität, so daß Genosse Ludwig zum Vorsitzenden gewählt wurde, der mir auch sofort das Wort erteilte, doch ich hatte noch nicht lange gesprochen, als Franko, der auf den Einladungsplakaten stand, mit einem Rudei seiner Anhänger angerückt kam. Man drängte auf den Vorsitzenden und mich ein und verlangte, die Versammlung baldigst zu schließen. Doch diesem Verlangen konnten wir nicht nachkommen, da, wenn mein Gegner zum Worte gekommen wäre, die Versammlung unter dem Einfluß seiner Rede geschlossen worden wäre; das suchte ich zu verhindern, indem ich meine Rede, auf die mir gemachter Zwischenruf: eingehend, so viel wie möglich verlängerte. Die immer wieder ausbrechenden Tumulte, die in Schlägereien auszubringen drohten, bildeten für mich Erholungspausen. Und so hatte ich denn durch volle vier Stunden, von acht bis zwölf Uhr, das Wort. Und als ich geschlossen hatte und Franko Stein zu reden verlangte, riefen unsere Genossen und Anhänger wie aus einem Munde: „Nie und nimmer! Die Versammlung ist aus.“ Darauf schickten sich die Anhänger Steins, zum Teil Bauern, an, das Präsidium zu stürmen und mich vom Podium herunter zu reißen, doch vergebens, die Sozialdemokraten besetzten bei diesem Hin- und Hergeräusche die Oberhand, so daß ich die Heiloten zum Abzuge bequemem mußten. In geschlossenen Reihen zogen sie mit ihrem Franko gegen Braunau zu ab. Wir folgten ihnen in gewisser Entfernung, um einen Zusammenstoß mit ihnen, bei dem es ganz gewiß zu Blutvergießen gekommen wäre, auszuweichen. In Braunau angelangt, kehrten wir noch siegesfroh in unserem Vereinsheim, dem „Süßwäasser-Schlößchen“ beim Birle, ein.

Eine Zeit darauf rächten sie sich aber an uns, indem sie mich, in einer Bezirkslehrerverversammlung im Schützenhaussaale, zu der ich eingeladen worden war, niederstießen. Erwähnenswert ist auch eine Versammlung, die ich in Rokitiň abhielt. Es war die erste, die dort logte. Einderufen wurde sie von dem dortigen Ortsorganisten Hanuš. Dieser Hanuš hatte sich mit dem Ortspfarrer verfeindet und glaubte, ihm durch die Injanzierung einer sozialdemokratischen Versammlung mit dem Abgeordneten Riefewetter, einen Schabernack zu spielen. Er holte mich auch mit der Aufsicht in Senstberg ab. Die Versammlung selbst war überfüllt, handelte es sich doch um ein Duell zwischen Roten und Schwarzen. Nicht weniger als sieben oder acht solch geistlicher Herren waren erschienen, wohingegen ich, mit Ausnahme eines Ortsvorstehers, niemanden kannte. Ich sprach natürlich zuerst unter Beifall und Widerspruch anderthalb Stunden. Dann kamen die Schwarzen dran, und als es zur Abstimmung kam, konnten wir mit gutem Gewissen sagen, selbst in diesem schwarzen Winkel eine große Anhängerzahl zu haben.

Von der Station Gabel a. N. geht der Weg in einer Taltschlucht bergan in das Gebirgsdorf Borkitschla (auf deutsch: Adlerdorf) in Adlergebirge, wo wir seltsamerweise eine Reihe von

unseren Anhängern trafen, was wohl darauf zurückzuführen war, daß der Sohn des dortigen alten Vorstehers Gabler für uns eintrat. Dieser hat uns in dieser Ortschaft und in einigen angrenzenden Gebirgsdörfern eine Reihe von Versammlungen möglich gemacht, so daß bei den ersten Wahlen die dortigen Wähler für uns eintreten und uns mit zum Siege verhelfen. Die Bevölkerung dieser rauhen unwirtlichen Gebirgsgegend ist arm und vielfach zur Auswanderung gezwungen. Das erste Mal hielt ich die eine Versammlung früh in Borkitschla ab, die zweite nachmittags, etwa eineinhalb Stunde entfernt in Tschentowitz und die dritte abends in Reudorf. In diesem Orte hatten wir einen Genossen namens Viktorin, der auch Mitglied der dortigen Gemeindevertretung war. Dieser Viktorin wollte den Pfarrer von Reudorf zu einem Sozialdemokraten machen. Er selbst hielt selbstverständlich die sozialdemokratischen Lehren für die besten, und weil der Pfarrer in seinen Augen auch ein guter, vernünftiger Mensch war, meinte er, daß man ihm den Sozialismus nur vernünftig vorzutragen habe, um ihn zu gewinnen. Ich mußte nun als Abgeordneter die Mission, den geistlichen Herren für unsere Sache zu gewinnen, übernehmen und in diese Versammlung kommen, da auch der Pfarrer eingeladen worden war. Die Versammlung fand, wie schon erwähnt, nach der Versammlung in Tschentowitz abends statt.

Die ganze Höhenlandschaft war mit Schnee bedeckt und die Nacht ziemlich finster, da man schon November schrieb. Der Weg führte durch einen Wald bergan. Nur mit Hilfe unseres Führers, des Genossen Viktorin, der uns in Tschentowitz abgeholt hatte und der eine Latone trug, konnten wir ihn zurücklegen. Als Begleiter waren die Genossen Schönpflug und Adametz aus Landskron mitgegangen. Nach einer Stunde anstrengenden Marsches saßen wir die ersten Häuser von Reudorf, das in großem Kreise von Wäldern umschlossen wird. Das Gasthaus, in dem die Versammlung abgehalten werden sollte, hatten wir bald erreicht. An den Wänden der Gaststube entlang standen Bänke und vor diesen einige Tische mit Stühlen. Geheizt war der Raum nur durch ein Feuer, das sich der ersten Versammlungsbesucher ein, die an den Tischen Platznahmen. Der Mittelraum blieb aber leer. Wer zum größten Keger des Genossen Viktorin nicht kam, war der Ortspfarrer. Dieser hatte sehr wahrscheinlich insgeheim gegen den Besuch der Versammlung optiert, denn auf eine andere Weise ließ sich deren schwacher Besuch nicht erklären. Während ich sprach, meldete sich auch kein Widerspruch; der Beifall, den ich für meine Ausführungen fand, war schwach. Es machte auf mich den Eindruck, als wenn mich die Leute überhaupt nicht verstanden hätten, obwohl ich mir Mühe gegeben hatte, so populär wie möglich zu sprechen. Zu einer Diskussion kam es nicht, so daß wir uns bald um ein Nachtquartier umsehen konnten.

Doch da haperte es. Im ganzen Dorfe war kein Gasthaus, das uns drei hätte beherbergen können. Und so mußten wir denn die Gastfreundschaft des Genossen Viktorin in Anspruch nehmen. Die Stube, die er bewohnte, war so eng, daß seine Frau große Augen machte, als sie uns sah. Doch anders Viktorin, er befaß seiner Frau, einige Hund Stroh aus der Scheuer zu holen und ein Lager zurechtzumachen. Es dauerte auch nicht lange und das Lager war für meine zwei Genossen fertig. Mich aber als Abgeordneten ehrte man dadurch, daß man mich hinter den Ofen steckte, wo ich mich nicht gerade behaglich fühlte, da der Raum zwischen Wand und Ofen zu schmal war, um bequem liegen zu können. Doch so wie in der Not der Teufel fliegen fröhlich, nahmen auch wir mit der Gastfreundschaft Viktorins und seiner braven Ehehälfte, mit Freunden vorlieb und waren ihnen dankbar, denn ohne sie hätten wir überhaupt keine Unterkunft gefunden. Von einem eigentlichen Schlafen konnte freilich keine Rede sein, denn wir waren kaum im Einschlafen begriffen, als es an das Fenster klopfte. Es war dies der große Sohn unseres Landesherrn, der aus dem Wirtshause herkam. Kaum waren wir aber wieder eingeschlafen, weckte uns das Geräusch einer Kaffeemühle. Frau Viktorin war mit der Herstellung von Kaffee beschäftigt. Es war drei Uhr früh und ihre zwei Töchter, die in der Tabakfabrik in Landskron arbeiteten, mußten um vier Uhr fort, um zu Beginn der Arbeitszeit, um acht früh, in Landskron zu sein. Und wir drei, die wir schon am Abend gehört hatten, daß im ganzen Dorfe keine Fahrgelegenheit sei, um uns nach Landskron zu bringen, unruhnten zum bösen Spiele gute Miene machen und mit den Töchtern mitgehen, da wir des Weges unfähig waren. So brachen wir denn in stockfinsterner Nacht bei einem inzwischen eingetretenen furchtbaren Regenschauer, um vier Uhr auf, um in der neunten Stunde in Landskron, völlig durchnäht, anzukommen.

Damit schließe ich meine Erinnerungen, die ich, ohne aus jenen Zeiten stammende Aufzeichnungen geschrieben habe. Sie dürften, wenn auch nicht viel, so doch immerhin einiges bieten, das ein späterer Verfasser der Geschichte der österreichischen oder deutschböhmerischen Arbeiterbewegung verwerten kann. Ich nehme auch an, daß die Genossen und Leser diese meine Aufzeichnungen nicht zurückgewiesen haben, da sie doch insbesondere bei unseren jüngeren Anhängern zur Befestigung ihrer Gesinnung beitragen werden, wenn diese aus ihnen entnehmen, mit welcher Begeisterung unsere ersten Genossen vor Jahrzehnten für die Sozialdemokratie eintraten, welche Hindernisse sie zu überwinden und welche Opfer sie zu bringen hatten, um aus einem kleinen, verachteten, verhassten und verfolgten Häuflein, das sie waren, eine starke, große Partei zu schaffen.

Der heutigen Nummer liegt ein Erlagschein zwecks Einzahlung der Bezugsgebühr bei. Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß die Einzahlung unter demselben Namen geleistet werden muß, unter welchem der Versand der Zeitung erfolgt.

Die Bezugsgebühr beträgt monatlich K 16.—, vierteljährig K 48.—, halbjährig K 96.—, ganzjährig K 192.— und ist stets im Vorhinein zu entrichten. Der Abonnementsbeitrag muß längstens bis 7. in unserem Besitz sein und ersuchen wir dies zu berücksichtigen, damit keine Unterbrechung in der Zustellung eintritt.

## Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

### Gewerkschaften und Wahlkämpfe.

Die sächsischen Gewerkschaftsmitglieder haben bei der jüngst stattgehabten Landtagswahl eine Mitwirkung ausgeübt, die starke Angriffe in Presse und Parlament ausgelöst hat. Sie haben die Gewerkschaftsmitglieder nicht allein zur Wahlbeteiligung verpflichtet, sondern auch die Teilnahme an der Wahl durch Abstempelung von Kontrollzetteln, die nach der Wahl an die Betriebsvertrauensleute abzugeben waren, überwachen lassen. Die Kontrolle erstreckte sich auch auf die Wahlbeteiligung der Angehörigen der Gewerkschaftsmitglieder. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erachtete die Beschwerden gegen dieses Vorgehen der gewerkschaftlichen Instanzen Sachsens — wie wir dem Korrespondenzblatt entnehmen — für gerechtfertigt und konnte nicht umhin, darauf hinzuweisen, daß eine solche Mitwirkung bei politischen Wahlen mit den seitigeren Beschlüssen der Gewerkschaftskongresse nicht vereinbar ist. Insbesondere wird auf einen Beschluß des Nürnberger Gewerkschaftskongresses hingewiesen, der die Gewerkschaften ausdrücklich zur Neutralität gegenüber den politischen Parteien verpflichtet. War dieser Beschluß auch in erster Linie begründet durch die damals zwischen den verschiedenen sozialdemokratischen Parteien vorhandenen Gegensätze, die heute zum Teil überbrückt sind, so ist doch auch jetzt noch die Gefahr nicht beseitigt, daß politische Meinungskämpfe in die Gewerkschaften hineingetragen werden und die Stöckkraft ihrer wirtschaftlichen Interessenvertretungen schwächen könnten. Die Durchführung einer Wahlkontrolle, wie sie in Sachsen ausgeübt wurde, kann nicht Aufgabe der Gewerkschaften sein, sondern muß den politischen Organisationen überlassen bleiben.

Die tschechischen Gewerkschaften im Jahre 1921. Ziemlich verspätet ist der Jahresbericht der tschechischen Gewerkschaftskommission erschienen, aus welchem hervorgeht, daß die tschechischen Gewerkschaften in dem genannten Jahre einen erheblichen Rückgang erfuhr, der vor allem auf die Abplittierungsstätigkeit der Kommunisten zurückzuführen ist. Ende 1921 waren im tschechoslowakischen Gewerkschaftsverbande 50 Verbände mit 650.601 Mitgliedern organisiert. Da im Jahre zuvor in der genannten Gewerkschaftszentrale 53 Verbände mit 822.561 Mitglieder vereinigt waren, beträgt der Rückgang drei Verbände und 171.960 Mitglieder. Den größten Anteil an diesem Verluste hat die Abplittierung des kommunistisch gewordenen Landarbeiterverbandes mit 113.677 Mitgliedern. Bemerkenswert ist auch der relative Rückgang der Frauen unter den Mitgliedern des tschechoslowakischen Gewerkschaftsverbandes. Im Jahre 1920 machten die Frauen 22 Prozent der Mitgliederzahl aus, 1921 nur noch 14,5 Prozent. Die größten Verbände sind nunmehr die Metallarbeiter mit fast 124.000 Mitgliedern, die Bergarbeiter mit über 90.000, die Textilarbeiter mit über 80.000, die chemischen Arbeiter mit über 75.000 und die Eisenbahner mit über 55.000 Mitgliedern. Was die Bewegung in den einzelnen Gebieten der Republik anbelangt, ist der Rückgang am größten in der Slowakei, wo der Verlust fast 33 Prozent der Mitglieder betrug. Erfreulicher ist die finanzielle Entwicklung der dem Gewerkschaftsverband angeschlossenen Verbände. Die Einnahmen sind von 51 auf 67 Millionen, die Ausgaben von 35 auf 48 Millionen gestiegen. Das Vermögen der Verbände, das 1920 30 Millionen betrug, beträgt jetzt 47 Millionen.

Die Zinsen der Vorkriegsschulden. Die Sammlung der Gesetze und Verordnungen bringt eine Verordnung der tschechoslowakischen Regierung vom 11. Dezember, mit welcher die Zahlung der Zinsen für die österreichischen Vorkriegsschulden aufgenommen wird.

Die Ausfuhr von Schweinen aus Jugoslawien gestattet. Aus Belgrad wird gemeldet: Der Ministerrat beschloß, nunmehr die Ausfuhr von Schweinen zu gestatten, um dadurch die Schweinezucht zu fördern und die Vorkriegsschulden zu erleichtern. Lebendschweine können nur bei einem Gewicht von über 70 Kilogramm ausgeführt werden. Der Ausfuhrzoll beträgt pro Schwein 600 Dinar, bzw. 150 Dinar pro 100 Kilogramm Lebendgewicht und 400 Dinar für 100 Kilogramm Schweinefleisch, 600 Dinar für 100 Kilogramm Fett und Speck. Von der Erteilung besonderer Ausfuhrkonzessionen an heimische Schlachthäuser wurde Abstand genommen. Man hofft, daß durch

die Ausfuhr gute ausländische Valuta hereinkommt, wodurch eine unmittelbare Besserung des Dinarfußes erwartet wird.

Eine Billion Mark Papiergeld. Der letzte Ausweis der deutschen Reichsbank gibt den Banknotenumlauf mit 970,2 Milliarden Mark an, den Umlauf an Darlehensklassenscheinen mit 13,7 Milliarden Mark. Die Summe des deutschen Papiergeldes (Banknoten und Darlehensklassenscheine) ist damit auf 983,9 Milliarden Mark, das heißt auf nahezu eine Billion Mark gestiegen.

Die Konzentration in der deutschen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenbewegung. Die Verhandlungen über einen Zusammenschluß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes mit dem Allgemeinen Deutschen Angestelltenbunde sind, wie wir bereits gemeldet haben, in dieser Woche zum Abschluß gekommen. Die freigewerkschaftlichen Verbände werden sich mit ihren Beamtenmitgliedern dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbunde anschließen. Nach den getroffenen Vereinbarungen erkennt der Allgemeine Deutsche Beamtenbund als Rechtszustand an, daß die dem ADGB und dem Afa-Bund angeschlossenen Verbände auch nach ihrem Anschluß an den Allgemeinen Deutschen Beamtenbund für die Organisation und Interessenvertretung derjenigen Beamten auch weiter zuständig ist, die in den Vertrieben, Verwaltungen, Behörden und Körperschaften des öffentlichen Rechts ihres Organisationsbetriebes tätig sind. Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund ist bereit, den Zusammenschluß der noch vorhandenen Konkurrenzorganisationen auf der Grundlage der vom ADGB und Afa-Bund anerkannten Organisationsformen zu fördern. Solange dieser Zusammenschluß nicht erfolgt ist, gelten die Konkurrenzorganisationen innerhalb des ADGB in bezug auf die Werbung von Mitgliedern unter den Beamten und die Wahrnehmung der Beamteninteressen als gleichberechtigt. Ueber alle in Betracht kommenden Maßnahmen auf den gemeinsamen Tätigkeitsgebieten sollen sich diese Gewerkschaften vorher verständigen. Der ADGB verpflichtet sich, solche Abmachungen zu fördern, u. a. auch auf eine gleichmäßige Beitragshöhe in den Konkurrenzorganisationen hinzuwirken, um so den Zusammenschluß vorzubereiten. Weiter hat der ADGB die Verpflichtung übernommen, Neubildungen von Beamtenverbänden oder die Schaffung von Fachgruppen in angeschlossenen Verbänden weder vorzunehmen noch zu begünstigen, wenn eine der dem ADGB angeschlossenen Organisationen für dieses Organisationsgebiet zuständig ist. Der Zusammenschluß wird voraussichtlich schon am 1. Jänner endgültig werden. Die Beamtenzentralen des ADGB und des Afa-Bundes werden zugunsten des Beamtenbundes aufgelöst. Der Abschluß des geplanten Kartellvertrages zwischen diesen drei Säulen der freien Gewerkschaftsbewegung steht unmittelbar bevor. Damit steht die große Masse der deutschen Kopf- und Handarbeiter in geschlossener Front ihren Gegnern gegenüber. Der Zusammenschluß der Beamten des Reiches, der Länder und der Gemeinden mit den freien Arbeitern und Angestellten ist Gewähr dafür, daß nunmehr auch in die Beamenschaft der so lange vermisste, neue republikanische Geist einzieht, der notwendig ist, um den Bestand der deutschen Republik zu sichern. Die Gegensätze, die früher zwischen Arbeiterschaft und Beamtentum bestanden, werden schwinden. In gemeinsamer Arbeit werden sich diese beiden großen Gruppen kennen und verstehen lernen. Sie werden einsehen, daß der eine Teil ohne den anderen nichts ist, daß sie aber beide zusammengefaßt eine ungeheure Macht sind, an der alle Widerstände der wirtschaftlichen und politischen Reaktion scheitern müssen.

Reichswährung für das britische Imperium. Einflussreiche Bestrebungen in England möchten den wirtschaftlichen Zusammenschluß mit den Dominionen und den Kolonien durch die Schaffung einer besonderen Währung für den Warenverkehr mit diesen Ländern fördern. Nach diesen Plänen sollen neue Sorten von Reichnoten auf Goldbasis geschaffen werden, die durch innere Anleihen durch England und im übrigen Reich gedeckt werden sollen. Der Plan, welcher zwar in erster Linie die Schwankungen der verschiedenen Währungen aufhalten soll, hat eine überwiegend politische Bedeutung, indem er die Teile des Reiches fester verbinden soll, und so wird auch sein Schicksal dadurch bedingt, ob die Dominionen und Kolonien für den wirtschaftlichen Zusammenschluß mit dem Mutterreich zu gewinnen sind.

Die Wirtschaftslage in den Vereinigten Staaten. Steigende Konjunktur, das Anblasen neuer Hochöfen, gesteigerte Tätigkeit in der Bergwerke und Textilindustrie kennzeichnen die letzte Periode des amerikanischen Wirtschaftslebens. Die Wirkungen des Kohlenstreiks werden bald überwunden sein, infolge der Steigerung der Kohlenproduktion ist die Einfuhr ausländischer Kohle nicht mehr notwendig. Die Stahlherzeugung erreicht 80 Prozent der Leistungsfähigkeit. Dem großen Beistehem-Staatsbankrott gelang es, durch Vereinigung mit drei anderen Großunternehmungen seinen Bereich wesentlich zu erweitern, er verfügt jetzt über eine Produktionsfähigkeit von 7,6 Millionen Tonnen im Jahre; sein Aktienkapital beträgt beinahe eine halbe Milliarde Dollars und steht an zweiter Stelle nach der Steel Corporation. In der Konserverindustrie ist ebenfalls ein neuer großer Trubel im Entstehen. Die Dividendenpolitik der Großunternehmungen hat aus verschiedenen Gründen eine radikale Wendung genommen, statt die enormen Profite in die Reserve zu legen, schütten sie diese nunmehr an die Aktionäre aus. Dividenden von 25 bis 400, manchmal sogar bis 600 Prozent werden verteilt. Der Baumwollverbrauch steigt in einem Maße, das es für die Zukunft fraglich ist, ob noch Vorräte für die Versorgung der europäischen Industrie übrig bleiben. Die



